

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2003–2007**

Juli 2003

SPERRFRIST: Donnerstag, 31. Juli 2003, 9.00 Uhr

**Wirtschaftsprognose
Economic Forecast**

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2003–2007**

Juli 2003

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe der
Abteilung Ökonomie und Finanzwirtschaft erstellt:

**Peter Brandner
Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Robert Kunst
Ulrich Schuh
Edith Skriner
Andrea Weber**

**Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2. Länderprognosen	9
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	16
3. Die österreichische Außenwirtschaft	17
Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	19
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	20
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	20
Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real	21
Abbildung: Inflationsrate in Österreich	24
5. Monetäre Prognose	27
Tabellenanhang	29

1. Einleitung und Zusammenfassung

Spürbare Wirtschaftsbelebung ab 2004

Die österreichische Wirtschaft wird im Zeitraum 2003 bis 2007 um durchschnittlich 2.1 % und damit um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt langsamer als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre wachsen. Ausgehend von dem weltweiten Konjunkturerinbruch im Jahr 2001 sollte sich die österreichische Wirtschaft in Einklang mit der internationalen Entwicklung im Jahreslaufverlauf 2004 wieder erholen und auf einen stabilen Wachstumspfad einschwenken. Der Konjunkturrückgang wird mit einem Wachstum von 2.8 % im Jahr 2005 erreicht. Auch in den Folgejahren sollte das Wachstum der österreichischen Wirtschaft die 2 %-Marke übersteigen. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg wird das Wachstumstempo in Österreich damit geringfügig langsamer als in der Europäischen Union ($2\frac{1}{4}$ %) ausfallen. Die wesentlichen Wachstumsmotoren in den nächsten Jahren sind der private Konsum, die anziehende Investitionstätigkeit und auch die Exportwirtschaft. Während in den letzten fünf Jahren primär der Außenbeitrag die Wirtschaftsentwicklung gestützt hat, belebt sich im Prognosezeitraum die Binnenkonjunktur. Ausgelöst wird die heimische Konjunkturbelebung allerdings durch die weltweite Aufhellung der Wirtschaftslage im Jahr 2004.

Bisher ist die erwartete Konjunkturaufhellung ausgeblieben. Die Weltkonjunktur ist weiterhin schwach. Die ersten Monate des heurigen Jahres waren von den globalen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Irakkrieg, dem dadurch ausgelösten Ölpreisanstieg und dem erneuten Einbruch an den Aktienmärkten gekennzeichnet. Mit dem Kriegsende sind die geopolitischen Unsicherheiten deutlich kleiner geworden. So sind die Rohölpreise deutlich gefallen und auch die Aktienkurse haben sich von ihren Tiefständen erholt. Trotzdem blieb die wirtschaftliche Dynamik bis zuletzt eher verhalten, wobei die Frühindikatoren auf eine bestenfalls geringe Belebung deuten. Während es Anzeichen dafür gibt, dass die US-Wirtschaft auf einen stabilen Wachstumspfad einschwenken wird, sind die Konjunkturaussichten für den Euro-Raum weiterhin gedämpft, wozu auch die markante Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beiträgt.

Dieser Prognose liegt folgendes internationales Konjunkturbild zugrunde. In der zweiten Jahreshälfte 2003 sollte sich die Konjunkturlage stabilisieren. Insbesondere die Wirtschaftsleistung in den USA dürfte sich beschleunigen. Mit einer gewissen Zeitverzögerung sollten die dadurch auf Europa ausgehenden Signale positiv wirken. Im Jahreslauf 2004 wird sich die internationale Konjunktur dann deutlich beleben und im Jahr 2005 ihren Höhepunkt erreichen. Zur Wirtschaftsbeschleunigung tragen die rückgestaute Nachfrage nach Investitionen und langfristigen Konsumgütern sowie das historisch niedrige Realzinsniveau bei. In den Folgejahren wird sich das Wachstumstempo der europäischen Wirtschaft wieder etwas verlangsamen. Über den gesamten Prognosezeitraum wird die Europäische Union mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von $2\frac{1}{4}$ % weiterhin hinter den USA zurückbleiben (3 %). Dabei wird unterstellt, dass die Wirtschaftsreformen in Deutschland erfolgreich sind und die deutsche Wirtschaft ein durchschnittliches Wachstumstempo von $1\frac{3}{4}$ % erreicht.

Der Ausblick für die heimische Binnenkonjunktur fällt mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1.9 % um knapp ½ Prozentpunkt günstiger als in der Periode 1998 bis 2002 aus. Für diese Entwicklung ist primär das Anziehen der Investitionstätigkeit verantwortlich.

Der private Konsum wird die Konjunktur weiterhin stützen. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums wird sich auf 2 % belaufen. Die für das Jahr 2005 unterstellte Steuerreform führt zu einer Belebung der Realeinkommen. Allerdings werden die Haushalte, wie schon in der Vergangenheit, aufgrund der Steuerreform ihre Sparquote erhöhen. Ausgehend von einem Wert von 7.5 % im Jahr 2002, steigt die Sparquote bis 2005 auf knapp 9 % und fällt dann bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 8.5 %.

Die Investitionen werden bis zum Jahr 2007 um durchschnittlich 3.3 % wachsen. Hierbei entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen mit 4.3 % stärker als die Bauinvestitionen (1.5 %). Im Vergleich zur Periode 1998 bis 2002 belebt sich die Investitionstätigkeit damit kräftig. Die Entwicklung bei den Ausrüstungen erklärt sich primär durch die Nachzieheffekte nach den starken Einbrüchen (2001 und 2002) sowie durch die konjunkturbedingte Belebung ab 2004. Hinsichtlich der Baukonjunktur wird unterstellt, dass sich die gegenwärtige Stabilisierung in der Bauwirtschaft auch im restlichen Prognosezeitraum fortsetzt.

Die zweite Hälfte der 90er Jahre war von einem deutlichen Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft gekennzeichnet. Lediglich der Konjunkturreinbruch 2001 hat die Expansion der internationalen Handelsbeziehungen etwas gedämpft. Im Zeitraum 1998 bis 2002 sind die realen Exporte laut VGR pro Jahr um durchschnittlich 8.2 % angestiegen. Die österreichische Exportwirtschaft konnte dabei Marktanteile gewinnen. Die Exportquote ist von 43.4 % des BIP im Jahr 1998 auf 52.9 % im Jahr 2002 geklettert. Aufgrund des Importeinbruchs im Jahr 2002 sind die realen Importe laut VGR im Zeitraum 1998 bis 2002 nur um durchschnittlich 5.7 % gewachsen. Die außenwirtschaftliche Dynamik wird sich im Prognosezeitraum, auch wechselkursbedingt, etwas abschwächen, der Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft setzt sich aber weiter fort. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Exporte laut VGR wird im Prognosezeitraum 4.5 % betragen, die Warenexporte werden um 5.5 % steigen. Aufgrund der anziehenden Binnenkonjunktur, etwa im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen, belebt sich die Importtätigkeit (4.4 %). Der Außenbeitrag trägt aber weiterhin positiv zur Wirtschaftsentwicklung in Österreich bei.

Die ausgezeichnete Entwicklung der österreichischen Exportwirtschaft schlägt sich in der Leistungsbilanz nieder. Während im Jahr 2001 die Leistungsbilanz noch ein Defizit von 3.9 Mrd. Euro ausgewiesen hat, wurde im Vorjahr bereits ein Überschuss von 1.6 Mrd. Euro erzielt. Dieser erklärt sich aber primär durch den Importeinbruch. Im Prognosezeitraum wird eine praktisch ausgeglichene Leistungsbilanz erwartet (Überschuss von 1.1 Mrd. Euro bzw. 0.4 % des BIP im Jahr 2007).

Mit einem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise von 1.5 % wird die Preisentwicklung im Prognosezeitraum ruhig verlaufen, wobei die Inflationsrate die 2%-Marke in keinem Jahr übersteigen wird. Die Rohölverteuerung, die Schwäche des Euro und der BSE-Skandal führten in den Jahren 2000 und 2001 zu deutlichen Preissteigerungen. Bereits im Vorjahr hat sich der Preisauftrieb abgeschwächt, wobei sich diese Tendenz im heurigen Jahr fortsetzt. Eine wesentliche Ursache dafür stellt die Euroaufwertung dar.

Erst im Jahr 2005 wird aufgrund der Konjunkturlage ein Anziehen der Inflation auf 1 ¾ % erwartet. Danach sollte der Preisauftrieb aber wieder auf 1 ½ % fallen. Das Institut nimmt an, dass von der Wechselkursentwicklung wie auch von den Rohstoffpreisen keine preistreibenden Effekte ausgehen. Weiters geht das Institut davon aus, dass die beschäftigungsfeindliche Lohnpolitik weiter fortgesetzt wird und damit die Lohnstückkosten nur verhalten steigen.

Nach dem konjunkturbedingten Einbruch im Vorjahr ergibt die Prognose einen etwas erfreulicheren Ausblick für den Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Karenz- bzw. KindergeldbezieherInnen und Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird um durchschnittlich 0.5 % pro Jahr wachsen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden per saldo 83,000 neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Beschäftigungsentwicklung schlägt sich in einem spürbaren Rückgang in der Arbeitslosenquote nieder, allerdings steigt auch das Arbeitsangebot relativ kräftig. Laut Modellprognose sinkt die Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis zum Jahr 2007 auf 6.2 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird auf 3 ¾ % zurückgehen.

Hinsichtlich der Abschätzung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte geht das Institut davon aus, dass die Budgetziele des aktuellen mittelfristigen Stabilitätsprogramms bei strikter fiskalischer Ausgabendisziplin realisiert werden können. Für heuer rechnet das Institut mit einem Budgetdefizit laut Maastricht-Definition von 1.3 %. Nächstes Jahr dürfte sich die Budgetlage etwas verbessern, 2005 steigt aufgrund der unterstellten Steuerreform das Budgetdefizit auf 1.5 %. In den Folgejahren sollte sich das Budgetdefizit bis auf 0.4 % reduzieren. Hinsichtlich der Steuerreform 2005 unterstellt das Institut eine Nettoentlastung der Steuerzahler im Ausmaß von 2.5 Mrd. Euro. Da gegenwärtig noch keine Informationen über die konkrete Ausgestaltung vorliegen, wurde die technische Annahme getroffen, dass der Großteil der Entlastung auf die Lohn- und Einkommensbezieher entfällt.

In der Wirtschaftspolitik wird der Fokus weiterhin auf der Verbesserung der Standortcharakteristika liegen müssen. Die Bemühungen sollten sich vor allem auf die Verminderung der Abgabenquote im Rahmen eines Gesamtkonzeptes eines wachstumsorientierten zukünftigen Steuersystems konzentrieren. Der Steuerwettbewerb wird insbesondere bei der Körperschaftssteuer und dem Lohn- und Einkommensteuertarif erhebliche Veränderungen notwendig machen. Nach wie vor stehen auch die Lohnnebenkosten auf der Agenda. Diese Steuersenkungen werden nicht ohne weitere Einsparungen der Länder und des Bundes möglich sein. Die Anstrengungen zur Reform der öffentlichen Verwaltung, einschließlich Subventionsabbau, Überprüfung von Transfers, Reform des öffentlichen Dienstrechtes, e-government, etc. dürfen nicht nachlassen.

Wichtige Prognoseergebnisse

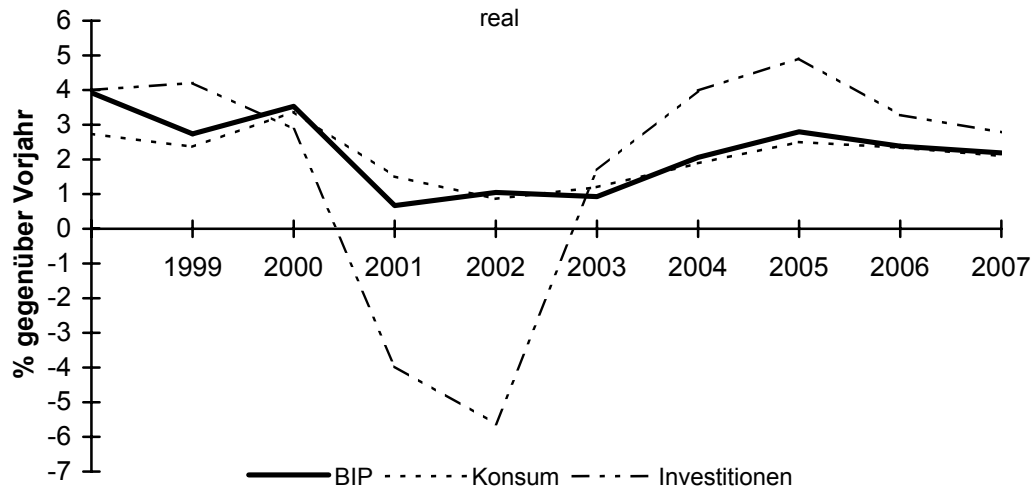
Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent

	1998-2002	2003-2007
Bruttoinlandsprodukt, real	2.4	2.1
Privater Konsum, real	2.2	2.0
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	0.2	3.3
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.8	4.3
Bauinvestitionen, real	0.3	1.5
Inlandsnachfrage, real	1.5	1.9
Exporte i.w.S., real	8.0	4.5
Waren, real (laut VGR)	8.2	5.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.6	1.6
Importe i.w.S., real	6.1	4.4
Waren, real (laut VGR)	5.7	5.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.1	1.5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.6	0.5
Arbeitslosenrate: Nationale Definition ^{*)}	6.5	6.6
Arbeitslosenrate: Eurostat-Definition ^{*)}	4.0	4.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.4	2.6
Preisindex des BIP	1.1	1.5
Verbraucherpreisindex	1.7	1.5
3-Monats-EURO-Rendite ^{*)}	3.7	2.7
10-Jahres-EURO-Rendite ^{*)}	4.9	4.5
Leistungsbilanz (Mrd. €) ^{*)}	-3.7	0.9

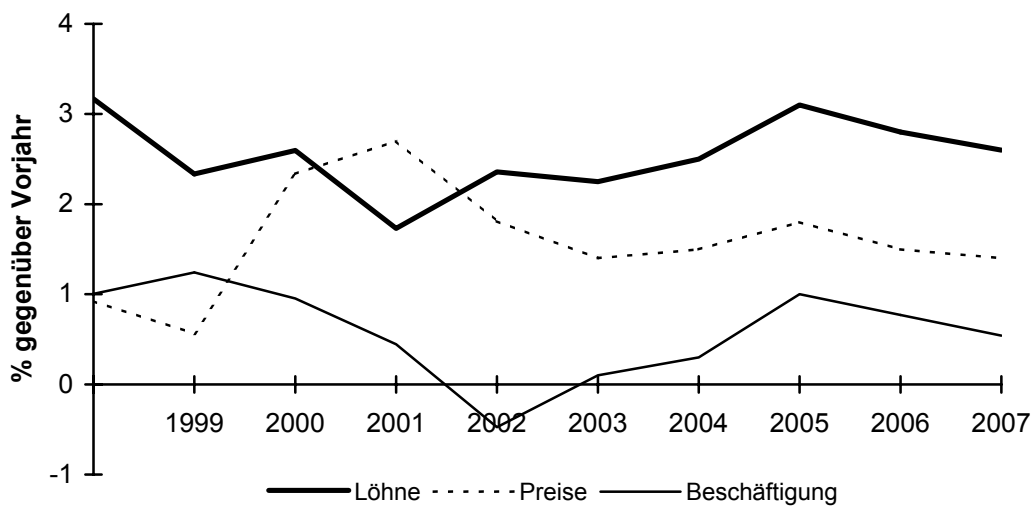
^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

BIP - Konsum - Investitionen

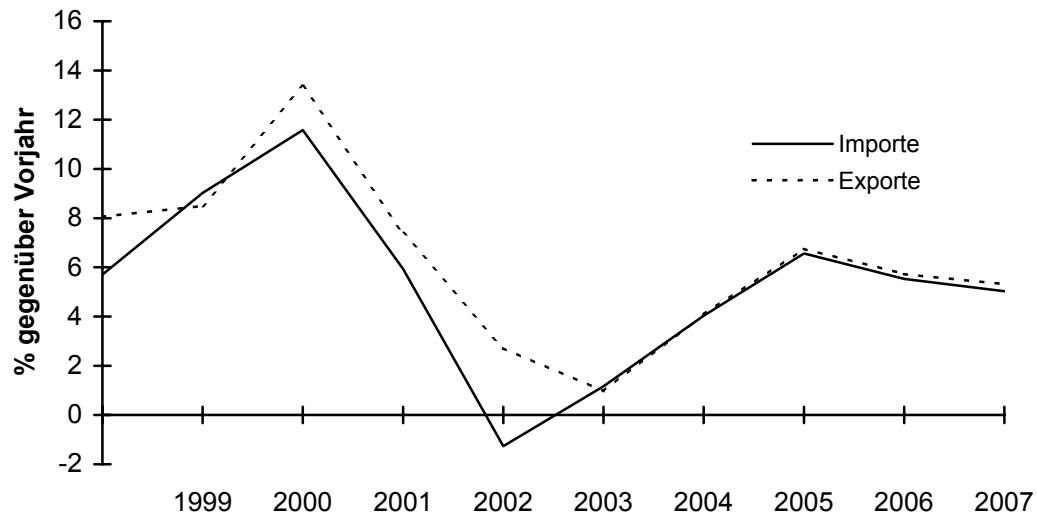


Löhne - Preise - Beschäftigung

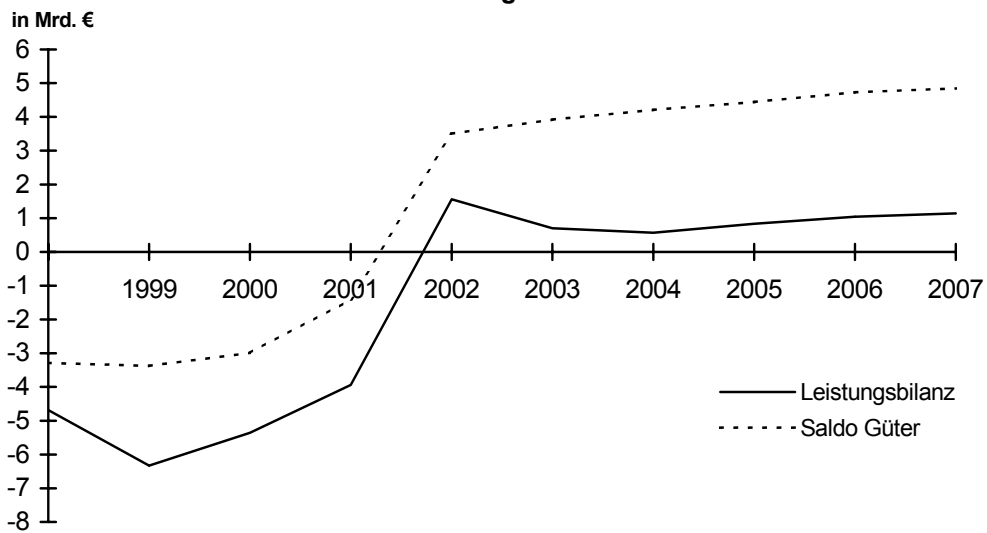


WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



Leistungsbilanz



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Mit der Stabilisierung der weltweiten politischen Lage dürfte im laufenden Jahr die Talsohle in der globalen Konjunkturentwicklung durchschritten sein. Die Jahre 1998 bis 2002 waren gekennzeichnet von den Auswirkungen der Finanzkrise in Asien und Lateinamerika, vom Boomjahr 2000 und von einer konjunkturellen Depression, die über zwei Jahre andauerte. Erst im laufenden Jahr gibt es Anzeichen für eine Erholung in der Weltwirtschaft. Die aufwärtsgerichteten Tendenzen greifen jedoch nur zögerlich. Die globalen Handelsströme, die in den vergangenen fünf Jahren nur um 3.2 % zunahmen, werden sich im Zeitraum 2003 bis 2007 wieder stärker beleben und im Jahresdurchschnitt um 6 % wachsen. Stimulierend werden dabei das historisch niedrige Zinsniveau, die Festigung der Finanzmärkte und der Wegfall von Preissteigerungen, hervorgerufen durch den starken Anstieg der Rohölpreise, wirken.

Während der Rohölpreis im Zeitraum 1998 bis 2002 im Jahresdurchschnitt 21.7 USD pro Fass ausmachte, wird er im Prognosezeitraum 25 USD betragen. Angesichts der bevorstehenden konjunkturellen Aufschwungphase und der damit verbundenen Nachfragebelebung nach Rohöl, erwartet das Institut eine Produktionssteigerung von Rohöl um 0.8 % jährlich. Im Vergleich dazu wuchs die weltweite Rohölförderung in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 0.2 %. Wechselkursseitig erwartet das Institut, dass der Euro in den kommenden Jahren nicht mehr an Wert dazugewinnt. Das Institut unterstellt einen durchschnittlichen USD-Euro Wechselkurs von 1.13.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft verläuft im laufenden Jahr regional noch sehr unterschiedlich. Während sich die Wirtschaften Nordamerikas, Asiens und Osteuropas als treibende Kräfte erweisen, hinken der Euro-Raum und Lateinamerika im Wirtschaftswachstum nach. Die industrialisierten Länder werden im Prognosezeitraum um durchschnittlich $2\frac{3}{4}$ % zulegen, verglichen mit 2.4 % in den vergangenen fünf Jahren. In den Schwellenländern werden die Wachstumsraten deutlich über dem Durchschnittwert der industrialisierten Länder liegen.

Die Wirtschaft Asiens wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 2.3 %. Nach den turbulenten Ereignissen in den Jahren 1997 bis 2001 kehrt die Wirtschaft Asiens wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurück. Im laufenden Jahr schwächt zwar die Lungenkrankheit SARS die Wirtschaftsleistung von Singapur, Hongkong und Taiwan, die Wachstumsschwäche wird jedoch nur temporär sein. Ein deutlicher Wachstumsimpuls geht von der Nachfragestärke Chinas aus. Das Wirtschaftswachstum Chinas betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 7.5 %, wobei die Investitionsquote von 34 % im Jahr 1997 auf 37 % im Jahr 2001 anstieg. Die rege Investitionstätigkeit in der chinesischen Wirtschaft wird auch in den nächsten Jahren weiter zunehmen, sodass China weiterhin der Wachstumsmotor der Region bleibt. Auch von Japan werden wieder Wachstumsimpulse ausgehen. Das Wirtschaftswachstum Asiens wird sich daher laut der Asian Development Bank im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt auf $4\frac{1}{2}$ % beschleunigen. In der letzten Aufschwungsphase der Jahre 1992 bis 1996 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der asiatischen Wirtschaft im Vergleich dazu nur 3.8 %.

Die Wirtschaft Lateinamerikas erlebte auch in den Jahren 1998 bis 2002 Anpassungsprozesse. Im Jahr 1998 erreichten die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland einen Höhepunkt. Danach brachen mit den Krisen in Asien und Russland die ausländischen Portfolioinvestitionen abrupt weg. Auch galt es den Preisverfall bei Rohstoffen (ohne Rohöl) und landwirtschaftlichen Produkten zu überwinden. Im Zeitraum 1998 bis 2002 wuchs die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um nur 1.1 %. Aufgrund der eingeleiteten Strukturverbesserungen wird das Wirtschaftswachstum der Region laut Economist Intelligence Unit in den nächsten fünf Jahren auf 3 ¼ % zunehmen. Im laufenden Jahr zeigt sich bereits eine konjunkturelle Belebung, der Impuls geht vor allem von den exportorientierten Branchen Lateinamerikas aus. In den nächsten Jahren werden vor allem niedrigere Zinsen und Preissteigerungsraten die Wirtschaftsentwicklung der Region stimulieren.

Das Wirtschaftswachstum der EU wird im Prognosezeitraum jährlich um 2 ¼ % zulegen. Während die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs stärker als der europäische Durchschnitt wachsen dürfte, bleiben Deutschland und Italien die Schlusslichter in der europäischen Wirtschaftsentwicklung.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU noch um 2.4 %. Von 1998 bis zum Beginn des Jahres 2001 profitierte die Wirtschaft des Euro-Raumes von der starken Nachfrage aus den USA. Unterstützend wirkte dabei die Wechselkursentwicklung. Mit der belebten Exporttätigkeit nahmen auch die Investitionen zu. Die Inflationsrate sank bis zum Ende des Jahres 2000 deutlich. Weiters gelang es den meisten Mitgliedsländern der EU die Staatsschulden abzubauen. Im Jahr 2001 setzte jedoch eine starke Abschwächung in der konjunkturellen Entwicklung des Euro-Raumes ein, die sich im Jahr 2002 fortsetzte. Eine Ursache dafür war der drastische Anstieg der Rohölpreise. Betrug der Rohölpreis 1999 noch 17 USD (16 Euro) pro Fass, so stieg er im Jahr 2000 auf 29 USD (32 Euro) pro Fass an. In Euro gemessen entspricht dies einem Preisanstieg von 96 %. Die zweite Ursache für die Abschwächung im europäischen Wirtschaftswachstum bildete die Rezession in der güterverarbeitenden Industrie der USA im Jahr 2001, die eine globale Nachfrageschwäche bewirkte. Im Jahr 2002 belebten sich die globalen Handelsströme wieder, die exportorientierte Wirtschaft des Euro-Raumes konnte aufgrund der Wechselkursentwicklung jedoch nicht davon profitieren.

Im Jahr 2003 setzt sich somit das schwache Wirtschaftswachstum im Euro-Raum weiter fort. Vor allem die Exporte in Drittstaaten entwickeln sich auf niedrigem Niveau. Erst im Jahr 2004 dürften sich die Exporte in Drittstaaten wieder beleben, da dann der Wechselkurseffekt nicht mehr zum Tragen kommt. Es mehren sich auch die Anzeichen dafür, dass sich die Binnennachfrage im Euro-Raum belebt. Ein wesentlicher Grund dafür ist in der Preisentwicklung und im Nachholbedarf bei Investitionen zu sehen. Auch werden die geplanten Steuersenkungsmaßnahmen in den einzelnen Staaten stimulierend auf die Nachfrage wirken. Die Probleme am Arbeitsmarkt werden voraussichtlich auch im Prognosezeitraum nicht gelöst werden können.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

In den Jahren 1998 bis 2002 wuchs die deutsche Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 1.5 %. Der Konsum der privaten Haushalte entwickelte sich auf einem ähnlichen Niveau. Die Bauindustrie erwies sich in den vergangenen Jahren durchgehend als Schwachpunkt in der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Nach der Wiedervereinigung setzte in Deutschland ein Bauboom ein. Damals wurden Überkapazitäten geschaffen, sodass der Bedarf an Neubauten noch immer rückläufig ist. Besonders starke Rückgänge wurden in den letzten Jahren im privaten Wohnbau verzeichnet. Die Ausrüstungsinvestitionen begannen hingegen erst im Jahr 2001 zu schrumpfen. Positiv entwickelte sich in den vergangenen Jahren die Außenwirtschaft, die Exporte legten im Durchschnitt kräftig zu. Die Inflation stieg weniger stark als im Durchschnitt der EU. Sie nahm in den vergangenen fünf Jahren jährlich um 1.3 % zu. Nur im Jahr 2001 betrug die Teuerung knapp 2 %. In den Jahren 1998 bis 2000 verbesserte sich die Arbeitslosenquote um 1.3 Prozentpunkte, mit der konjunkturellen Schwäche verschlechterten sich jedoch die Bedingungen am Arbeitsmarkt wieder.

Das deutsche Wirtschaftswachstum wird sich in den kommenden Jahren nur wenig beschleunigen. Im Prognosezeitraum wird die Deutsche Wirtschaft etwas an Dynamik gewinnen und jährlich um 1 ¼ % zulegen. Die konjunkturelle Schwäche der letzten zwei Jahre kann auch im laufenden Jahr nicht überwunden werden. Erst im nächsten Jahr ist mit einer Belebung in der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu rechnen, wobei maßgebliche Wachstumsimpulse von der Inlandsnachfrage ausgehen werden. Positiv wirkt sich dabei vor allem die moderate Preisentwicklung auf die Haushaltsnachfrage aus. Der seit zwei Jahren anhaltende Schrumpfungsprozess im Investitionssektor schwächt sich im laufenden Jahr zwar ab, aber eine Umkehr im Wachstumstrend ist hier nicht absehbar. Der Schrumpfungsprozess in der Bauindustrie schwächt sich ebenfalls ab. Die deutsche Exportwirtschaft kann erst ab dem Jahr 2005 mit einer deutlichen Wachstumsbeschleunigung rechnen, da der Dämpfungseffekt durch den Wechselkurs bis ins nächste Jahr andauern wird. Positiv wirkt sich hingegen der Wechselkurs auf die Preisentwicklung bei den Importgütern aus. Die Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen wird im Prognosezeitraum bei jährlich 1.4 % liegen. Obwohl sich die Wirtschaftsentwicklung in den nächsten Jahren verbessern dürfte, wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland bei Nichtumsetzung struktureller Maßnahmen weiter zunehmen.

Weitere westeuropäische Länder

Auch die **italienische** Wirtschaft verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren nur ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Die italienische Wirtschaft wuchs in den Jahren 1998 bis 2002 im Jahresdurchschnitt um nur 1.8 %. Die Binnennachfrage war jedoch in Italien deutlich stärker als in Deutschland. Der Konsum der privaten Haushalte, die Investitionstätigkeit bei Anlagegütern und der Bausektor entwickelten sich robust. Schwächer als in den Nachbarländern entwickelte sich hingegen die exportorientierte Wirtschaft. Mit der Einführung der gemeinschaftlichen Währung musste die exportorientierte Wirtschaft Italiens einen Wettbewerbsverlust hinnehmen. Hinzu kam auch, dass sich die Preisentwicklung in Italien nachteilig auf die Exportchancen der italienischen Industrie auswirkte. Die

Verbraucherpreise stiegen in den Jahren 1998 bis 2002 um 2.3 % jährlich. Erfolge konnten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt werden. Die Arbeitslosenrate fiel von 11.7 % im Jahr 1998 auf 9 % im Jahr 2002.

In mittelfristiger Sicht dürfte sich das Wirtschaftswachstum Italiens nicht beschleunigen. Im Prognosezeitraum wird das Wirtschaftswachstum Italiens im Durchschnitt wiederum bei 1 ¼ % liegen. Im laufenden Jahr wächst die Wirtschaft Italiens um nur 1 %. Während sich der Konsum und auch die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr stärker beleben, verzeichnet die italienische Außenwirtschaft im Jahr 2003 einen Einbruch bei den Exporten. Der Grund dafür liegt in der Wechselkursentwicklung. Durch das Abflachen des Wechselkurseffekts im nächsten Jahr kann man jedoch mit einer deutlichen Belebung der Auslandsnachfrage rechnen. Die Binnennachfrage wird sich hingegen in den nächsten Jahren nur sehr verhalten entwickeln. Die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung der öffentlichen Hand lässt die stimulierenden Maßnahmen für die Wirtschaft geringer ausfallen. Aufgrund der schwachen Binnenkonjunktur wird sich am Arbeitsmarkt der positive Trend, der in den letzten Jahren zu beobachten war, nicht mehr weiter fortsetzen. Bei den Verbraucherpreisen ist in den nächsten Jahren mit einem jährlichen Anstieg der Inflation von mehr als 2 % zu rechnen.

Die Wirtschaftsentwicklung **Frankreichs** wird im Prognosezeitraum gedämpfter ausfallen als in den vergangenen fünf Jahren. Das Wirtschaftswachstum betrug im Jahresdurchschnitt 2.8 %. Starke Wachstumsimpulse kamen dabei von der Inlandsnachfrage. Der Konsum der privaten Haushalte und auch die Investitionstätigkeit zeigten sich in den Jahren 1998 bis 2001 sehr belebt. Die stimulierende Wirkung dieser Aggregate ist vor allem auf Steuersenkungsmaßnahmen zurückzuführen. So gelang es der französischen Wirtschaft, sich von den globalen Konjunkturschwankungen etwas abzukoppeln. In den Jahren 2001 und 2002 lag das Wachstum des französischen BIP deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Die Inflation stieg im gleichen Zeitraum um nur 1.3 %, und der Arbeitsmarkt verbesserte sich zunehmend. Die Arbeitslosigkeit sank von 11.4 % im Jahr 1998 auf 8.5 % im Jahr 2001. Erst im Jahr 2002 stieg die Arbeitslosenrate wieder leicht an.

Im Prognosezeitraum wird das Wirtschaftswachstum Frankreichs voraussichtlich bei 2 % liegen. Im laufenden Jahr wird die konjunkturelle Entwicklung Frankreichs vom schwachen Wirtschaftswachstum in den Nachbarländern und auch von der Euro-Stärke gebremst. Während vom externen Sektor ein negativer Wachstumsbeitrag ausgeht, liefert die Inlandsnachfrage einen schwachen positiven Wachstumsimpuls. Der Konsum der privaten Haushalte wird in den nächsten Jahren nur geringfügig zunehmen und bei den Bauinvestitionen ist sogar mit einer Stagnation zu rechnen. Aufgrund der notwendig gewordenen Budgetkonsolidierung muss von der öffentlichen Hand mehr gespart werden. Von den Ausgabenkürzungen wird vor allem den Bausektor betroffen sein. Somit wird sich auch der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren nicht mehr weiter verbessern. Die Jahresinflation wird voraussichtlich bei 2 % liegen.

Das Wirtschaftswachstum des **Vereinigten Königreichs** stieg in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 2.5 %. Die Wirtschaft des Landes ist eng mit der Wirtschaft der USA verflochten, wodurch auch die Konjunkturzyklen beider Länder synchron verlaufen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab es jedoch eine leichte Abweichung im Wachstumspfad. Das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs

fiel etwas geringer aus als in den USA, weil die starke Binnennachfrage im Vereinigten Königreich zu einem großen Teil durch Importe gedeckt wurde. In den Jahren 1998 bis 2002 verzeichnete die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs eine starke Konsumnachfrage, die sich auch in den Jahren 2001 und 2002 nicht abschwächte, was als Ergebnis einer expansiven Steuerpolitik zu sehen ist. Die güterverarbeitende Industrie schlitterte hingegen im Jahr 2001 in eine Rezession, die erst 2002 endete. Durch die Aufwertung des Britischen Pfund gegenüber dem Euro gewannen ausländische Produkte gegenüber den inländischen Erzeugnissen einen Preisvorteil. Die Exportwirtschaft wurde dadurch stark beeinträchtigt und der negative Außenbeitrag verdoppelte sich. Der Arbeitsmarkt wurde von der konjunkturellen Schwäche in der güterverarbeitenden Industrie nicht betroffen. In den Jahren 1998 bis 2002 sank die Arbeitslosenquote von 6.2 % auf 5.1 %. Die strukturelle Arbeitslosigkeit liegt im Vereinigten Königreich bei 5 %. Die Inflation stieg in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 2.3 %.

Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wiederum um 2 ½ % wachsen. Die hohen Wachstumsraten beim Konsum der privaten Haushalte, die in den vergangenen fünf Jahren zu beobachten waren, werden dann voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Positiv wirkte sich hingegen im Jahr 2003 die Wechselkursentwicklung auf die Exportwirtschaft des Landes aus. Der Wertgewinn des Euro gegenüber dem GBP bewirkt einen Wettbewerbsvorteil der exportorientierten Wirtschaft des Vereinigten Königreichs. Aufgrund der Wechselkursentwicklung kann nun mit einem Aufschwung in diesem Sektor gerechnet werden, womit auch die Bereitschaft der Unternehmer zu investieren steigt. Die Inflation wird im Prognosezeitraum mit 2.8 % im Jahresdurchschnitt etwas höher ausfallen als in den vergangenen fünf Jahren.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wuchs in den Jahren 1998 bis 2002 um durchschnittlich 1.6 %. Im Jahr 2002 gab es sogar eine Stagnation, das schwächste Ergebnis innerhalb der Länder Westeuropas. Für die kleine, offene Wirtschaft der Schweiz ist die Außenwirtschaft von besonderer Bedeutung. Der traditionell positive Außenbeitrag trug in den Jahren 1998 bis 2001 ein negatives Vorzeichen. Der belebten Exporttätigkeit standen hohe Importraten gegenüber. Mit dem starken Wertgewinn des CHF gegenüber den wichtigsten Handelswährungen am Ende des Jahres 2001 brachen jedoch die Exporte ein, und die Industrie der Schweiz geriet in eine Rezession. Die schlechte Stimmung breitete sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus. Preissteigerungen konnten nicht weitergegeben werden, und die Arbeitslosigkeit nahm wieder zu.

Im Prognosezeitraum dürfte die Schweizer Wirtschaft jährlich um 1 ½ % zulegen. Im Jahr 2003 wird die Wachstumsrate nur ½ % ausmachen. In den folgenden Jahren ist jedoch mit einer Zunahme der Wachstumsdynamik zu rechnen. Der primäre Wachstumsimpuls kommt von der Binnennachfrage. Positiv sollte sich auch die jüngste Abschwächung des CHF gegenüber dem Euro auf die Absatzchancen der Schweizer Industrie auswirken. Die Exporte werden somit wieder stärker zunehmen, jedoch steigt auch die Importtätigkeit, sodass sich der Wachstumsbeitrag von Seiten des Außenhandels neutral entwickelt. Die Investitionstätigkeit zeigt wieder aufwärtsgerichtete Tendenzen. Das erwartete Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre wird zu schwach sein, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Arbeitslosenquote wird auf durchschnittlich 3 % geschätzt. Die Inflation wird mit jährlich 1.7 % wieder stärker zunehmen.

USA

Die Wirtschaft der USA wuchs in den vergangenen fünf Jahren mit durchschnittlich 3 % deutlich rascher als in den Ländern des Euro-Raumes. Maßgeblich für die starke Wachstumsdynamik war die kräftige Nachfrage der privaten Haushalte, die in den Jahren 1998 bis 2002 im Jahresdurchschnitt 3.9 % betrug. Die Investitionen, die im Jahr 1998 noch zweistellige Wachstumsraten aufwiesen, schwächten sich hingegen zunehmend ab, bis sie in den Jahren 2001 und 2002 eine rückläufige Entwicklung aufwiesen. Einerseits geriet die güterverarbeitende Industrie in eine Rezession, andererseits führte der Einbruch auf den Finanzmärkten zur Zurückhaltung bei den Investitionen. Die Arbeitslosenquote konnte bis zum Jahr 2000 auf 4 % abgebaut werden, dann stieg sie wieder an und betrug im Jahr 2002 wieder 5.8 %. Die Inflation belief sich in den letzten fünf Jahren auf durchschnittlich 2.3 %.

Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft der USA im Jahresdurchschnitt um 3 % wachsen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Investitionsbereitschaft der Unternehmer. Für das laufende Jahr wird erwartet, dass sich in diesem Aggregat die lang erwartete Trendumkehr einstellt. Der Aufschwung in der Industrie wird jedoch nur sehr langsam greifen, da die US-Wirtschaft die Auswirkungen des Irakkriegs (politische Unsicherheiten, Rohölpreise, hohe Volatilität an den Kapitalmärkten, Budgetdefizit) nur langsam überwinden wird. Auch der stimulierende Effekt, ausgehend von der wechselkursbedingten Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der US Wirtschaft, kommt nur sehr zögerlich zum Tragen, da die globale konjunkturelle Entwicklung nicht ausreichend gefestigt ist. Der Konsum der Haushalte wird sich in den kommenden Jahren etwas abschwächen. Das Einkommen der Haushalte wächst zwar, jedoch nimmt auch die Sparneigung der Konsumenten weiter zu. Die Arbeitslosenquote wird erst ab dem Jahr 2005 wieder etwas absinken.

Japan

Die japanische Wirtschaft erlebte in den Jahren 1998 und 2001 eine Rezession. Das durchschnittliche Jahreswachstum der letzten fünf Jahre betrug daher nur 0.5 %. Die niedrige Wachstumsrate reflektiert die Tatsache, dass die Strukturprobleme der japanischen Wirtschaft nicht bewältigt werden konnten. Die Haushaltsausgaben entwickelten sich in diesem Zeitraum sehr verhalten, weil die Unternehmen zahlreiche Entlassungen vornahmen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre betrug die Arbeitslosenquote noch weniger als 3 %. In den Jahren 1998 kletterte sie auf 4.1 % und sie verschlechterte sich weiter auf 5.4 % im Jahr 2002. Der Versuch der öffentlichen Hand, die Wirtschaft durch ein Anheben der Staatsausgaben zu stimulieren, misslang. Die Investitionen schrumpften in den vergangenen fünf Jahren im Jahresdurchschnitt um 1.5 %. Bei den Ausrüstungsinvestitionen gab es ein positives Wachstum, die Bauinvestitionen gingen in diesem Zeitraum jedoch stark zurück. Erst die belebte Exportentwicklung im Jahr 2002 leitete einen Konjunkturaufschwung in der japanischen Wirtschaft ein. Dabei profitierte die japanische Außenwirtschaft von der Nachfragebelebung in den USA, und auch die Wechselkurspolitik der Bank of Japan ist auf eine Verbesserung der Exportchancen des Landes ausgerichtet.

Die Wirtschaft Japans wächst im laufenden Jahr voraussichtlich um 1 ¾ %. In den nächsten Jahren ist mit einer Beschleunigung des Wachstums zu rechnen. Im Prognosezeitraum dürfte die japanische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 1 ¾ % zulegen. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wird die Belebung von der Binnennachfrage ausgehen. Der Konsum der Haushalte wird zunehmen, der größte Impuls wird jedoch von den Ausrüstungsinvestitionen kommen. Aufgrund der stärkeren Binnennachfrage ist jedoch in den nächsten Jahren mit steigenden Importraten zu rechnen. Die deflationäre Preisentwicklung wird sich weiter abschwächen, erst ab dem Jahr 2005 ist mit steigenden Preisen zu rechnen.

Osteuropa

Trotz verhaltener internationaler Konjunktur dürfte das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern mittelfristig auf hohem Niveau bleiben. Allerdings wird das Wachstum durch Maßnahmen zur Senkung der hohen Budget- und Leistungsbilanzdefizite in den EU-Beitrittsländern, mit Ausnahme Sloweniens, gedämpft. Auch nach dem Beitritt zur EU im Mai 2004 bleibt die Senkung der Budgetdefizite eine schwierige Herausforderung. Die EU-Mitgliedschaft wird Kosten mit sich bringen, die vom Staatshaushalt finanziert werden müssen. Um Förderungen aus den Struktur- und Regionalfonds der EU zu erhalten, müssen staatliche Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung gestellt werden, was die Ausschöpfung der EU-Mittel erschwert.

Mit ihren verstärkten Reformbestrebungen zur Erfüllung der Beitrittskriterien werden die für 2007 vorgesehenen EU-Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien in den kommenden Jahren das Wirtschaftswachstum unterstützen.

Steigende Exporte infolge der erwarteten Belebung der internationalen Konjunktur und eine dynamische Inlandsnachfrage dürften sich positiv auf das BIP-Wachstum der osteuropäischen Länder auswirken. Weitere Herausforderungen bleiben die Senkung der Arbeitslosigkeit in Polen, der Slowakei und in Bulgarien sowie die Bekämpfung der Inflation in Rumänien.

Die wirtschaftliche Entwicklung **Ungarns** war in den letzten fünf Jahren durch hohe Wachstumsraten, die vor allem auf hohe öffentliche Investitionen zurückzuführen sind, gekennzeichnet. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das ungarische BIP um 4.3 % gewachsen. Seit dem Jahr 2001 hat sich das Wachstum in Ungarn verlangsamt. Die Maßnahmen zur Reduzierung des Budget- und Leistungsbilanzdefizits, deren Implementierung im Jahr 2003 begonnen haben, könnten mittelfristig das Wachstum dämpfen. Der öffentliche Konsum und die Investitionen werden mittelfristig langsamer wachsen. Die Exporte dürften sich ab dem Jahr 2004 wieder beleben. Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2007 könnte das ungarische BIP-Wachstum dementsprechend 3 ½ % erreichen.

Das **polnische** BIP-Wachstum dürfte nach 3.1 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre zwischen 2003 und 2007 3 ¼ % betragen. Mit der Verlangsamung des Wachstums in den letzten zwei Jahren sank auch das Leistungsbilanzdefizit. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die zusätzlichen Budgetausgaben infolge des EU-Beitritts dürften das Wachstum dämpfen. Die Lockerung der Geldpolitik, niedrigere Zinsen, sowie

höhere Exporte infolge der Wiederbelebung der europäischen Konjunktur dürften das Wachstum stimulieren.

Laut der Prognose der tschechischen Regierung sollte sich das Wachstum in **Tschechien** nach einer bescheidenen Entwicklung in den Jahren 1998 bis 2002 (1.1 %) allmählich bis auf 4 % beschleunigen. Im Zeitraum 2003 bis 2007 dürfte das durchschnittliche Wachstum der tschechischen Wirtschaft $3\frac{1}{4}$ % betragen. Am Anfang der Prognoseperiode wird das Wachstum von der Inlandsnachfrage getragen. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion die wichtigsten Wachstumsmotoren sein. Eine restriktivere Budgetpolitik zur Reduzierung des hohen Budgetdefizits gemäß den Bedingungen für die EURO Einführung wird die nächsten Jahre prägen.

Im Fünfjahres-Durchschnitt (1998-2002) wuchs die Wirtschaft der **Slowakei** um 3.2 %. Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2007 dürfte sich die slowakische Wirtschaft, nach der weitgehenden Vollendung der Privatisierung (mit Ausnahme der Elektrizitätswirtschaft) und der Restrukturierung des Bankensektors, mit einer BIP-Wachstumsrate von $3\frac{3}{4}$ % dynamisch entwickeln. Zu Beginn der Prognoseperiode wird die Inlandsnachfrage, insbesondere der Konsum, das Wachstum stützen. Mittelfristig bleiben die Senkung des Budget- und Außenhandelsdefizits, der hohen Arbeitslosigkeit sowie die Bekämpfung der Inflation wichtige Herausforderungen.

Für **Slowenien** wird ein durchschnittliches Wachstum von $3\frac{1}{2}$ % für die Jahre 2003 bis 2007 erwartet, womit sich der Wachstumstrend der letzten fünf Jahre (3.9 %) fortsetzt. Die wiederhergestellten Handelsbeziehungen mit den Ländern aus dem ehemaligen Jugoslawien dürften die Exporte begünstigen und zusammen mit der hohen Entwicklungsdynamik der Investitionen und der Belebung des privaten Konsums zum BIP-Wachstum beitragen. Eine restriktivere Geldpolitik zur Bekämpfung der Inflationsgefahr könnte das Wachstum dämpfen.

Die Wirtschaftsentwicklung in **Rumänien** war 1998 und 1999 durch starke Rückgänge gekennzeichnet. Im Jahr 2000 wurde eine Trendumkehr, gefolgt von Wachstumsraten über 5 % in den Jahren 2001 und 2002, erreicht. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das rumänische BIP um 0.8 % gewachsen. Für die nächsten fünf Jahre erwartet die rumänische Regierung ein durchschnittliches BIP-Wachstum von $4\frac{1}{2}$ %. Das Wachstum dürfte am Beginn der Prognoseperiode von der Inlandsnachfrage getragen werden. Die dynamische Entwicklung der Exporte wird das Wachstum stützen. Die Senkung der Inflation bleibt weiterhin eine Herausforderung.

Bulgarien hat in den letzten Jahren erfolgreich die makroökonomische Entwicklung stabilisiert. Nach einem BIP-Wachstum von 4.0 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rechnet die bulgarische Regierung für den Zeitraum 2003 bis 2007 mit einem durchschnittlichen Wachstum von $4\frac{1}{2}$ %. Diese dynamische Entwicklung dürfte von der Inlandsnachfrage und der Belebung der Exporte angetrieben werden. Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen gilt als Voraussetzung für die Erreichung hoher Wachstumsraten in den nächsten Jahren. Mittelfristig bleibt die Senkung der hohen Arbeitslosigkeit eine wichtige Herausforderung.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 3.6 % verzeichnet. Nach der Trendumkehr im Jahr 1999 dürfte sich die Erholung der russischen Wirtschaft weiter fortsetzen. Angetrieben von dynamischen Energieexporten und Inlandsnachfrage dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2003 und 2007 4 ½ % betragen. Die strukturellen Probleme der russischen Wirtschaft und ein allmählicher Rückgang der Ölpreise können das Wachstum negativ beeinflussen. Andererseits dürfte sich die Beschleunigung des Reformtempos positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent

	1998-2002	2003-2007
Welthandel	3.2	6
BIP, real		
Bundesrepublik Deutschland	1.5	1 $\frac{3}{4}$
Italien	1.8	1 $\frac{3}{4}$
Frankreich	2.8	2
Vereinigtes Königreich	2.5	2 $\frac{1}{2}$
Schweiz	1.6	1 $\frac{1}{2}$
Polen	3.1	3 $\frac{1}{4}$
Slowakei	3.2	3 $\frac{3}{4}$
Tschechien	1.1	3 $\frac{1}{4}$
Ungarn	4.3	3 $\frac{1}{2}$
Slowenien	3.9	3 $\frac{1}{2}$
Bulgarien	4.0	4 $\frac{1}{2}$
Rumänien	0.8	4 $\frac{1}{2}$
Russland	3.6	4 $\frac{1}{2}$
USA	3.0	3
Japan	0.5	1 $\frac{3}{4}$
EU	2.4	2 $\frac{1}{4}$
OECD – Insgesamt	2.4	2 $\frac{3}{4}$
Österreichische Exportmärkte	7.2	5 $\frac{1}{4}$
EUR/USD Wechselkurs*)	0.99	1.13
Rohölpreise**)**)	21.7	25

Quelle: IMF, OECD, nationale Statistiken, eigene Schätzungen.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

In den Jahren 1998 bis 2001 entwickelte sich die österreichische Außenwirtschaft sehr dynamisch. Weder die Finanzkrisen in den Schwellenländern noch der globale konjunkturelle Abschwung bewirkten eine markante Abschwächung in der österreichischen Exportentwicklung. Der Wechselkurs, die Entwicklung der Lohnstückkosten und der wirtschaftliche Aufholprozess in den osteuropäischen Nachbarländern waren Grundlagen für ein solides Exportwachstum. Obwohl in den vergangenen fünf Jahren auch importseitig eine belebte Entwicklung zu verzeichnen war, verringerte sich das österreichische Leistungsbilanzdefizit. Im Jahr 2002 war die Leistungsbilanz positiv, was vor allem auf den Warenverkehr zurückzuführen ist. Die Entwicklung des österreichischen Außenhandels wird im laufenden Jahr vom Wechselkurs und von der schwachen Konjunktur in den Nachbarländern gedämpft. Eine nachhaltige Belebung im Export wird frühestens im nächsten Jahr einsetzen, wenn der Wechselkurseffekt nicht mehr zum Tragen kommt. Auch wird die Konjunktur in den Nachbarländern wieder belebter ausfallen. Die Importtätigkeit der österreichischen Wirtschaft wird somit zunehmen. Es wird wieder mehr investiert, darüber hinaus stimuliert der Wechselkurs die Importe. Trotzdem wird der Saldo der Leistungsbilanz positiv bleiben.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im Zeitraum 1998 bis 2002 im Jahresdurchschnitt um 8.5 %. Durch den Wertverlust des Euro gegenüber dem USD stiegen vor allem in diesem Zeitraum die Exporte in Drittstaaten kräftig an. Die österreichischen Warenexporte nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Österreichs mit einem Anteil von 34 %, stiegen um 6.5 %. Im Vergleich dazu wuchsen die Warenexporte in die USA durchschnittlich um 16.8 %. Im Jahr 2000, als die Weltwirtschaft eine Hochkonjunktur erlebte, betrug das österreichische Exportwachstum 16 %. Besonders belebt erwies sich dabei der Handel mit Drittstaaten, insbesondere mit Osteuropa und Asien. Mit der globalen Wachstumsabschwächung im Jahr 2001 verzeichnete die österreichische Außenwirtschaft aus dieser Ländergruppe den stärksten Nachfragerückgang. Vom Handel mit Asien und Osteuropa ging somit in den vergangenen fünf Jahren die größte Volatilität auf die österreichische Außenwirtschaft aus. Im laufenden Jahr liegt das Wachstum der österreichischen Warenexporte mit 1.7 % deutlich unter dem langjährigen Durchschnittswert von 7.4 %. Die vergleichsweise schwache Exportdynamik am Anfang des laufenden Jahres verliert noch weiter an Fahrt. Für diese Entwicklung verantwortlich ist vor allem der Wechselkurs und die damit in engem Zusammenhang stehende Abschwächung in der Nachfrage aus Drittstaaten. Im Prognosezeitraum werden die österreichischen Warenexporte um 6.2 % zulegen. Eine Wachstumsabschwächung wird es voraussichtlich im Handel mit Nordamerika und Asien geben. Die Exporte nach Osteuropa werden sich ab dem Jahr 2004 wieder deutlich beleben.

Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren um 6.1 %. Sie werden im Prognosezeitraum das Wachstumstempo beibehalten und wiederum im Jahresdurchschnitt um 6 % zulegen. Die österreichische Handelsbilanz, die im Jahr 2002 zum ersten Mal einen Überschuss auswies, wird auch in den kommenden Jahren positiv abschließen und dabei den Überschuss noch ausbauen.

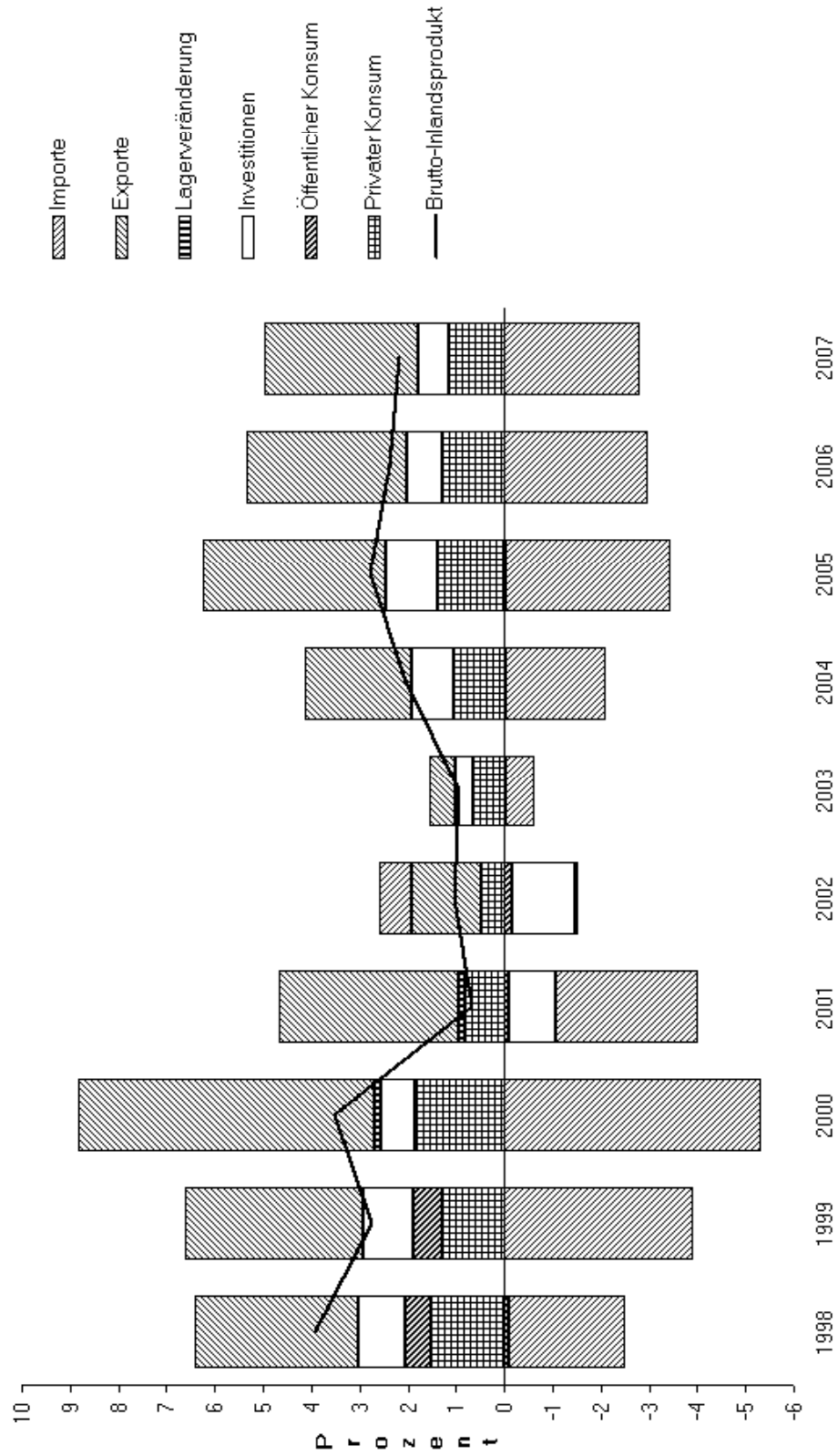
Die nominellen Reiseverkehrsexporte erzielten in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 4.2 %. Im Jahr 2001 und 2002 wurden dabei die höchsten Zuwächse

verzeichnet. Die heimischen Unternehmen profitierten in diesen zwei Jahren von den weltweiten politischen Unsicherheiten. Aufgrund der schwachen konjunkturellen Lage, insbesondere in den Nachbarländern, werden heuer und auch im nächsten Jahr die Umsatzzuwächse etwas geringer ausgefallen. Erst mit der Festigung der internationalen konjunkturellen Entwicklung wird die Auslandsnachfrage nach Urlauben in Österreich wieder stärker zunehmen. Im Prognosezeitraum werden daher die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich nominell 3.6 % beziehungsweise real um 1.6 % zunehmen. Die Reiseverkehrsimporte wuchsen in den vergangenen Jahren um nur 1.7 %. Eine rückläufige Entwicklung wies das Jahr 2002 auf. Mit der Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich werden auch die Reiseverkehrsimporte in den kommenden Jahren wieder stärker zunehmen. Das durchschnittliche Jahreswachstum wird voraussichtlich bei 3.2 % nominell liegen und real 1.5 % betragen.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 8 %. Im Prognosezeitraum werden sie jährlich um 4.5 % zulegen. Von der Aufwärtstendenz bei den Exportpreisen wird ein leichter Dämpfungseffekt ausgehen. Die Warenexporte werden um 5.5 % wachsen, verglichen mit 8.2 % in den vergangenen fünf Jahren. Die realen Importe i.w.S. werden im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4.4 % wachsen. Trotz einer Schrumpfung der Warenimporte im vergangenen Jahr um 1.7 % wuchsen diese in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5.7 %. Aufgrund der Belebung der Binnenkonjunktur werden die Warenimporte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 5.3% zunehmen.

Im vergangenen Jahr konnte ein Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaftet werden. Der schwachen Exportentwicklung standen rückläufige Importraten gegenüber. Mit dem Aufleben der Binnennachfrage wird sich auch die Importdynamik wieder verstärken, trotzdem kann für den Prognosezeitraum mit einem Leistungsbilanzüberschuss gerechnet werden. Während in den vergangenen fünf Jahren ein Defizit von durchschnittlich 3.7 Mrd. Euro erwirtschaftet wurde, dürfte sich die positive Entwicklung im österreichischen Außenhandel weiter fortsetzen. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte im Jahresdurchschnitt 0.9 Mrd. Euro ausmachen.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten

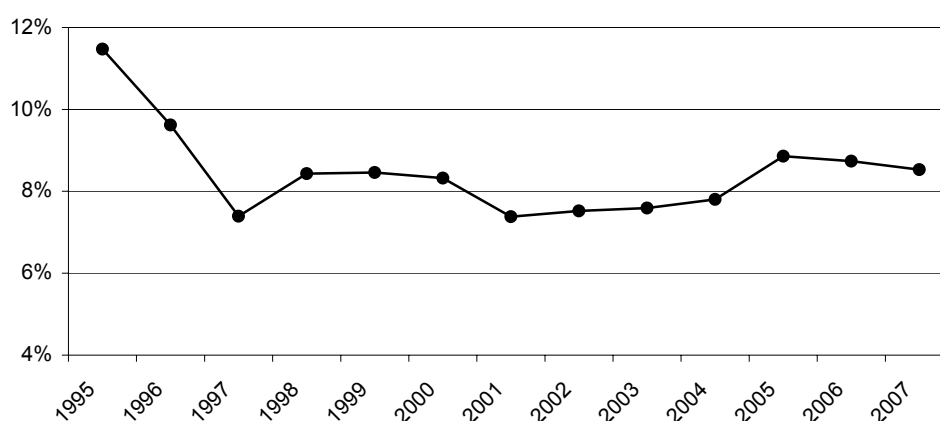


4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im vergangenen Jahr reagierten die privaten Haushalte auf das schwache Wachstum ihrer Realeinkommen mit sehr verhaltenen Ausgaben für Konsumgüter. Zusammen mit den hohen Wachstumsraten des privaten Konsums in den späten 90er Jahren ergab sich ein durchschnittliches Jahreswachstum von 2,2 % in der vergangenen 5-Jahresperiode. Erst im heurigen Jahr ist eine leichte Belebung in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten, zu der die zurückgestaute Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern beiträgt. In den Jahren 2003 bis 2007 expandiert der **reale private Konsum** um durchschnittlich 2 %, und bleibt damit weiterhin eine Stütze der Konjunktur.

Während des gesamten Prognosezeitraums folgt die Dynamik des privaten Konsums der Entwicklung der verfügbaren Einkommen. Diese steigen durch die Belebung der Konjunktur ab 2004, und insbesondere durch steuerliche Entlastungen im Jahr 2005. Am Konjunkturröhepunkt erreicht das Wachstum des privaten Konsums 2,5 %.

Sparquote der privaten Haushalte

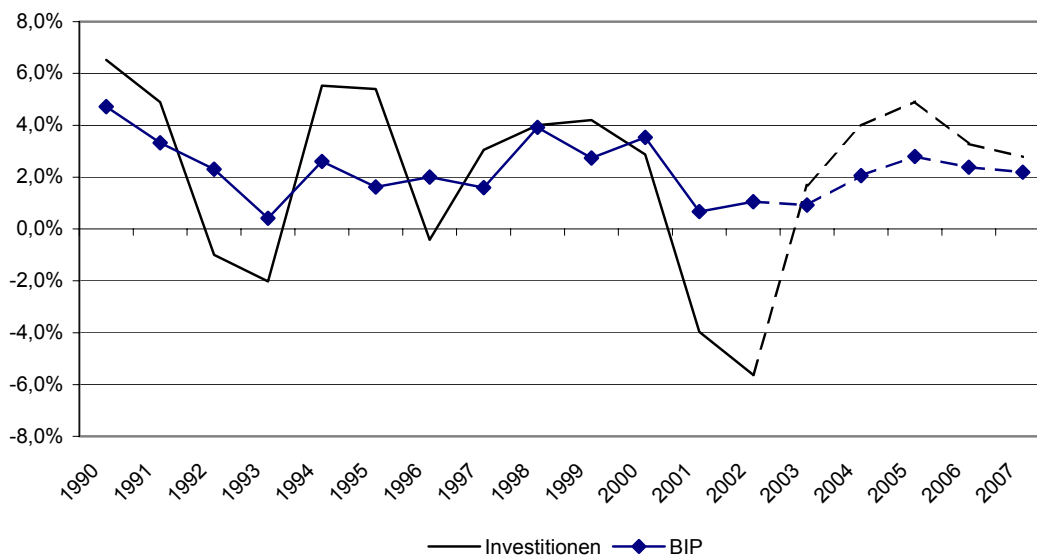


Anhand der Graphik, in der die Entwicklung der Haushalts-Sparquote dargestellt ist, lässt sich erkennen, wie die Haushalte auf plötzliche Einkommensveränderungen durch Anpassung des Sparverhaltens reagieren. Der starke Rückgang der verfügbaren realen Haushaltseinkommen im Jahr 2001 führte zu einer Reduktion der Sparquote um rund einen Prozentpunkt auf 7,4 %. In den folgenden Jahren erhöht sich die Sparquote wegen der nahezu unveränderten Einkommenssituation nur langsam. Ab dem Jahr 2005 rechnet das Institut damit, dass sich diese Entwicklung umkehrt. Die unterstellte Steuerreform bewirkt eine Entlastung der Haushalte und somit einen signifikanten Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen. Dieser dürfte nicht gänzlich dem privaten Konsum zugute kommen, sondern auch zu einem neuerlichen

Anstieg der Sparguthaben beitragen. Die Sparquote steigt auf knapp 9 % und sinkt in den Folgejahren wieder leicht ab.

Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass die **realen Bruttoinvestitionen** im Konjunkturverlauf die stärksten Schwankungen aller Teilaggregate der Nachfrageseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufweisen. Im Zeitverlauf ist auffällig, dass die Bruttoinvestitionen in der Hochkonjunktur der Jahre 1998 bis 2000 kaum stärker wuchsen als das Bruttoinlandsprodukt, während sie zu Beginn der 90er-Jahre in konjunkturell günstigen Zeitabschnitten deutlich über dem Wirtschaftswachstum zu liegen kamen. Im jüngsten wirtschaftlichen Abschwung war ein deutlicher Einbruch im Bereich der realen Bruttoinvestitionen zu verzeichnen. Im Jahr 2002 wurde mit einem Rückgang von 5,6 % ein langjähriger Tiefstand im Wachstum der Bruttoinvestitionen verzeichnet. Im Zeitraum 1998 bis 2002 erzielten die realen Bruttoinvestitionen ein bescheidenes Wachstum von lediglich 0,2 %. Neben den konjunkturellen Rahmenbedingungen war diese Entwicklung hauptsächlich auf die anhaltende Krise im Bausektor zurückzuführen.

Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real



Das Investitionsverhalten wird vorrangig von den Erwartungen über die Profitabilität der geplanten Investitionen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bestimmt. Der einsetzende wirtschaftliche Aufschwung sollte schon im Jahr 2003 zu einer deutlichen Erholung der Investitionstätigkeit beitragen. Der Bruttobetriebsüberschuss, der als Indikator für die zu erwartenden Gewinne anzusehen ist, wird nach dem markanten Einbruch in den Jahren 2001 und 2002 im Prognosezeitraum wieder ein kräftiges Wachstum aufweisen und die stetige Zunahme der Investitionen begünstigen. Zudem deuten die vorliegenden Informationen darauf hin, dass die strukturelle Schwäche des Bausektors nunmehr überwunden ist. Die

Institutprognose erwartet daher ein durchschnittliches Wachstum der realen Bruttoinvestitionen von 3.3 % im Zeitraum 2003 bis 2007.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** sollten im Jahr 2003 wieder ein moderates Wachstum vom 1.5 % erreichen und in der Folge auf einen stabilen Wachstumspfad mit Wachstumsraten von 4 bis 7 % zurückkehren. Im Prognosezeitraum werden die Ausrüstungsinvestitionen demnach um durchschnittlich 4.3 % zunehmen und damit deutlich stärker als in der Periode 1998 bis 2002 wachsen.

Der Bausektor verzeichnete in den vergangenen Jahren eine anhaltend ungünstige Entwicklung. Auch in anderen westeuropäischen Ländern verzeichnete der Bausektor in den letzten Jahren eine schwache Entwicklung, am ausgeprägtesten dürfte die Schwäche aber in Deutschland und Österreich gewesen sein.

Die Prognose ergibt ein durchschnittliches Wachstum der **realen Bauinvestitionen** im Prognosezeitraum von rund 1.5 %. Damit werden die Bauinvestitionen deutlich stärker zunehmen als in der Periode 1998 bis 2002, als lediglich ein Wachstum von 0.3 % verzeichnet wurde. Die günstigere Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die kontraktiven Tendenzen im Bausektor endgültig überwunden sein dürften. Die anhaltenden Rückgänge der Wohnbautätigkeit werden sich nicht fortsetzen, und die öffentliche Hand setzt Nachfrageimpulse im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.

Hinsichtlich der Entwicklung der **öffentlichen Haushalte** geht das Institut davon aus, dass die mittelfristigen Budgetziele des aktuellen Stabilitätsprogramms bei strikter fiskalischer Ausgabendisziplin realisiert werden können. Mit dem erhofften Anspringen der Konjunktur sollten sich die Rahmenbedingungen für die Fiskalpolitik in der Folge etwas entspannen.

Für heuer rechnet das Institut mit einem Budgetdefizit laut Maastricht-Definition von 1.3 %. Im nächsten Jahr dürfte sich die Budgetlage etwas verbessern; 2005 steigt aufgrund der unterstellten Steuerreform das Budgetdefizit auf 1.5 %. In den Folgejahren sollte sich das Budgetdefizit bis auf 0.4 % reduzieren. Hinsichtlich der Steuerreform 2005 unterstellt das Institut eine Nettoentlastung der Steuerzahler im Ausmaß von 2.5 Mrd. Euro. Da gegenwärtig noch keine Informationen vorliegen, welche konkreten Maßnahmen geplant sind, wurde die technische Annahme getroffen, dass der Großteil der Entlastung auf die Lohn- und Einkommensbezieher entfällt. Der öffentliche Konsum wird sich im gesamten Prognosezeitraum nach Rückgängen in den beiden Vorjahren weiterhin nur schwach entwickeln.

Der in der letzten Legislaturperiode eingeleitete Konsolidierungskurs sollte grundsätzlich beibehalten werden; insbesondere sollte in den nächsten Jahren ernsthaft an der Schaffung von Spielräumen gearbeitet werden, die eine Verringerung der Abgabenbelastung ermöglichen. Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste nicht zuletzt mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkauf werden; mit 45.6 % des Bruttoinlandsprodukts hat die Abgabenquote im Jahr 2001 einen historischen Höchststand erreicht. Im Vorjahr hat sich zwar schon aufgrund des Wegfalls von Einmaleffekten ein Rückgang ergeben; dennoch hat die Abgabenquote 2002 mit einem Wert 44.6 % immerhin ihr Niveau vor der Steuerreform 2000 erreicht. Aufgrund der Konsolidierungspolitik der

letzten Legislaturperiode hat sich zwar im europäischen Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden - so liegen etwa die Nettodefizitquoten Frankreichs und Deutschlands mittlerweile wieder an beziehungsweise über der 3-Prozent-Grenze - die österreichische Position wesentlich verbessert. Stellt man allerdings die vergleichsweise hohe Abgabenbelastung in Rechnung, wird dieser Konsolidierungserfolg stark relativiert.

Mittelfristig wird daher die Budgetpolitik um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen, um diese dem Wirtschaftsstandort abträgliche hohe Abgabenbelastung wieder zurücknehmen zu können. Kern muss, wie auch von politischer Seite erneut bekräftigt, eine umfassende Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit neue Einsparungspotentiale eröffnen. Dies ist insbesondere auch ohne eine Angleichung des öffentlichen Dienstrechts an die Verhältnisse im privaten Sektor schwer vorstellbar. Die in der vergangenen Legislaturperiode unter dem Titel „Verwaltungsreform“ vollzogenen Maßnahmen konnten dazu nur ein erster Schritt sein. Eine auf die Schaffung von Anreizen zum sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln bedachte Verwaltungsreform muss zudem Hand in Hand mit einer Reform des Finanzausgleichs gehen.

Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Sicht zu hinterfragen. Reformen in diesem Bereich, die dem Prinzip der sozialen Treffsicherheit und Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden, könnten in nicht unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die etwa zu einer spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden könnten.

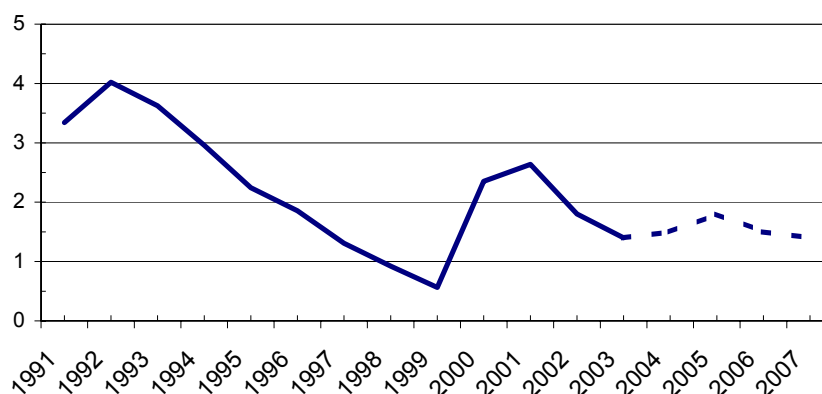
Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Hier muss, über die jüngst beschlossenen Maßnahmen hinaus, mittelfristig die bereits in Aussicht genommene tieferegehende Systemreform in Angriff genommen werden, die auf eine weitere Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen und damit das effektive Pensionsantrittsalter spürbar anheben sollte.

Wie die folgende Abbildung zeigt, wies die **Inflationsrate** in den 90er Jahren einen fallenden Trend auf. Betrug die jahresdurchschnittliche Inflationsrate im Jahr 1992 noch 4.0 %, so erreichte sie im Jahr 1999 mit 0.6 % einen Tiefstand. Diese Entwicklung spiegelt den wirtschaftspolitischen Kurs im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion wieder, der unter anderem auf die Erzielung von Preisstabilität ausgerichtet war. Sonderfaktoren wie die Rohölverteuerung, die Schwäche des Euro und der BSE-Skandal führten in den Vorjahren zu vorübergehend höheren Preissteigerungsraten.

Nach einem Höchststand im Jahr 2001 hat sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 2002 bereits merklich abgeschwächt und diese Tendenz hat sich insbesondere im ersten Halbjahr des Jahres 2003 fortgesetzt. Das Institut geht davon aus, dass im Prognosezeitraum von Wechselkurs und Rohölpreis keine signifikanten Impulse auf die Inflation ausgehen werden und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank weiterhin auf Preisstabilität abzielen wird. Aufgrund der unterstellten weiterhin beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik werden auch von der Entwicklung der Lohnstückkosten keine preistreibenden Impulse ausgehen. Die Entwicklung der Inflationsrate sollte daher primär durch die konjunkturelle Dynamik geprägt

werden. In den kommenden Jahren erwartet das Institut daher, dass die Inflationsrate bei durchschnittlich 1 ½ % liegen wird, wobei der Höchstwert mit 1.8 % im Jahr 2005 erreicht wird.

Inflationsrate in Österreich



Die **Lohnprognose** geht davon aus, dass die Lohnverhandlungen den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern auch in Zukunft folgen. Es wird angenommen, dass die Lohnpolitik weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet wird und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs sichert. Die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse der Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten werden im Durchschnitt des Prognosezeitraums nominell 2.6 % betragen und damit knapp ¼ Prozentpunkt über dem durchschnittlichen Zuwachs der vergangenen fünf Jahre liegen.

Bis Mitte der 90er Jahre resultierte die mittelfristige Orientierung der Lohn- und Einkommenspolitik in Österreich in einer parallelen Entwicklung von Reallöhnen und Arbeitsproduktivität, seither bleiben die Reallöhne hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Die Lohnprognose unterstellt, dass sich die Lohnpolitik im Prognosezeitraum wiederum an der Relation von Reallohn zu Arbeitsproduktivität orientiert, die Reallöhne aufgrund der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit aber um durchschnittlich 0.4 % hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleiben werden.

Die **Arbeitsmarktlage** hat auf den Konjunkturunbruch 2001 deutlich reagiert. Im Vorjahr war die Beschäftigung rückläufig und die Arbeitslosenquote ist kräftig angestiegen. Für die nächsten fünf Jahre zeichnet die Prognose ein verhalten optimistisches Bild der Arbeitsmarktentwicklung. Im Einklang mit der konjunkturellen Erholung belebt sich die Arbeitskräftenachfrage, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen sollte fallen. Nach einer Stagnation in den nächsten beiden Jahren wird sich laut Prognose die Beschäftigungsnachfrage in den Jahren 2005 und 2006 wieder deutlich beschleunigen. Die Nachfrage nach Aktiv-Beschäftigten (ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird bis 2007 um 83,000 Personen zunehmen. Der durchschnittliche Anstieg der Beschäftigung liegt damit bei 0.5 %. Die vorliegende Vorschau unterstellt, dass es weiterhin gelingt, die Stille Reserve,

insbesondere bei den Frauen, zu mobilisieren. Es wird auch davon ausgegangen, dass die günstige Situation bei der Beschäftigungsnachfrage die Integration von älteren Personen in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Insgesamt gesehen hat die Lage am Arbeitsmarkt in jüngster Vergangenheit deutlich auf die Konjunktorentwicklung reagiert. Traditionellerweise lässt sich der österreichische Arbeitsmarkt, neben der hohen Reallohnelastizität, auch durch die hohe zyklische Sensitivität des Arbeitskräfteangebots auf den Konjunkturzyklus charakterisieren. Schwankungen in der Beschäftigungsnachfrage werden zum Großteil durch prozyklische Änderungen im Arbeitsangebot kompensiert. Eine Ursache der hohen Angebotselastizität stellt sicherlich der zyklische Charakter der Arbeitskräftemigration dar. Aber auch an den Rändern der Altersverteilung und bei den Frauen reagiert das Arbeitsangebot relativ stark auf veränderte Beschäftigungschancen. Seit Mitte der 90er Jahre werden jedoch Schwankungen in der Beschäftigungsnachfrage kaum mehr von prozyklischen Schwankungen im Arbeitsangebot kompensiert. So hat sich im Zeitraum 1999 bis 2002 das Arbeitsangebot sogar antizyklisch entwickelt, was einerseits zum kräftigen Rückgang der Arbeitslosenquote bis 2000, aber auch zum deutlichen Wiederanstieg in Rahmen im Konjunkturabschwung beigetragen hat.

Für den restlichen Prognosezeitraum wird wieder eine prozyklische Entwicklung unterstellt; folglich schlägt sich der Anstieg der Beschäftigungsnachfrage nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder. Dies reflektiert aber auch die zunehmende Diskrepanz zwischen angebotenen und nachgefragten Arbeitsqualifikationen. Neben der rein konjunkturellen Entwicklung sind aber auch institutionelle Faktoren zu beachten, die zu einem Ansteigen des Arbeitsangebotes führen werden. Während von der demographischen Entwicklung kein signifikanter Beitrag ausgeht, wirken sowohl die EU-Osterweiterung als auch die Pensionsreform angebotssteigernd. Hinsichtlich der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung wurde unterstellt, dass das ausländische Arbeitskräfteangebot im Zeitraum 2004 bis 2007 um durchschnittlich 3 % steigt.

Laut Modellprognose schlägt sich die konjunkturbedingte kräftige Beschäftigungsnachfrage in den Jahren 2005 und 2006 in fallenden Arbeitslosenzahlen nieder. Bis zum Jahr 2007 sollte die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf 216,000 Personen zurückgehen. Ausgehend von einer Arbeitslosenquote (nationale Definition) von 6.9 % im Jahr 2002 reduziert sich die Arbeitslosigkeit in der Prognoseperiode und erreicht im Jahr 2007 mit 6.2 % ihren Tiefstand. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird sich zu Ende des Prognosezeitraums auf 3.8 % belaufen.

Die Anhebung des effektiven Pensionsalters ist vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sicherlich positiv zu beurteilen. Während längerfristig keine negativen Konsequenzen auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten sind, wird kurzfristig zumindest die statistisch gemessene Arbeitslosenzahl etwas ansteigen. Maßnahmen zur verstärkten Integration der älteren Arbeitnehmer in das Beschäftigungssystem sind daher sinnvoll, etwa Qualifizierungsmaßnahmen oder Lohnnebenkostensenkungen für ältere Beschäftigte mit geringem Qualifikationsniveau. Weiters sollte auch bei den Arbeitnehmern eine verstärkte Bereitschaft zu Umschulungen sowie bei den Unternehmern zur Weiterqualifizierung älterer Mitarbeiter gefördert werden.

Verstärkte Anstrengungen zur Verflachung der Lebenseinkommenskurven sind in Zeiten raschen technologischen Wandels sinnvoll. Verstärkter Kündigungsschutz oder Maßnahmen, die letztlich auf eine Verknappung des Arbeitsangebots abzielen (Altersteilzeit), sind hingegen kontraproduktiv.

Unabhängig von der aktuellen Konjunkturlage bestehen weiterhin bedeutsame Anforderungen an die aktive Arbeitsmarktpolitik. Durch ein generelles Anheben des Humankapitalniveaus der Arbeitskräfte sollte der Tendenz zum Auseinanderdriften von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage nach Qualifikationsstufen gegengesteuert werden. Der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes lassen die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen. Hierbei wäre eine noch stärkere Zusammenarbeit von Akteuren der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik und der Betriebe wünschenswert. Insbesondere sollte den Tendenzen zu einem neuerlichen Aufbau der Langzeitarbeitslosigkeit gegengesteuert werden. Neben den damit verbundenen Qualifikationsverlusten könnten sich auch negative makroökonomische Konsequenzen für den Lohnbildungsprozess ergeben. Mittelfristig gesehen impliziert die demographische Entwicklung, dass neben einer verstärkten Integration älterer Arbeitskräfte auch höhere Erwerbsquoten bei den Frauen zur Abdeckung der künftigen Beschäftigungsnachfrage notwendig sind. Erforderlich sind daher arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Partizipationsquote der Frauen abzielen. Letztlich wird auch die EU-Osterweiterung Konsequenzen für den österreichischen Arbeitsmarkt mit sich bringen. Weitere Aktivitäten zur Erleichterung, Beschleunigung, aber auch sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt sind daher wünschenswert. Durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten negative Folgen für wenig qualifizierte heimische Arbeitskräfte abgefedert werden. Durch eine aktive Gestaltung der Übergangsregelungen hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den EU-Beitrittsstaaten sollte ein kräftiger Arbeitsangebotsschock wie zu Beginn der 90er Jahre vermieden werden. Eine stetige Erhöhung des Arbeitsangebots ausländischer Arbeitskräfte ist daher einer Öffnung des Arbeitsmarktes erst am Ende des Übergangszeitraums vorzuziehen.

5. Monetäre Prognose

Seit Einführung der gemeinsamen Währung war das Eurosystem mit einer hohen monetären Wachstumsdynamik konfrontiert. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des weit gefassten Geldmengenaggregats M3 beschleunigte sich 2002 auf 7.4 % (2001: 5.5 %). Sie wird von der aktuellen Entwicklung sogar übertroffen: der Dreimonatsdurchschnitt der jährlichen M3-Wachstumsraten belief sich in der Zeit von März bis Mai 2003 auf 8.3 %. Die Expansion der Geldmenge liegt damit weiterhin deutlich über dem Referenzwert von 4.5 %, der vom EZB-Rat als jener Wert gesehen wird, der mittelfristig zur Finanzierung eines nachhaltigen, mit dem Ziel der Preisstabilität zu vereinbarenden Wachstums notwendig wäre. Sowohl die nominelle als auch die reale Geldlücke - als Messzahlen für die Überschussliquidität - erreichen damit ihren höchsten Stand seit Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. Während bei der gegenwärtig schwachen Konjunktur keine Inflationsrisiken bestehen, wird das Eurosystem bei einem kräftigen Aufschwung der Geldmengenentwicklung mehr Beachtung schenken müssen.

Anfang Mai verkündete die EZB eine Neubewertung der geldpolitischen Strategie, wobei die (Neu)definition von Preisstabilität und die Rolle der Geldmengenentwicklung am meisten Beachtung erlangt haben. Demnach bestätigte die EZB zwar ihre Definition von Preisstabilität (Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex des Euroraums unter 2 %), sie bevorzugt jedoch mittelfristig eine Inflationsrate nahe bei 2 %. Die Geldmengenentwicklung verliert in der kurzfristigen Konjunkturanalyse an Bedeutung und soll vor allem in die mittel- und langfristige Bewertung der Preisentwicklung eingehen.

Nach der Leitzinssenkung um 50 Basispunkte mit Wirkung vom 6. Juni gaben die kurzfristigen Geldmarktzinsen noch geringfügig nach, ehe sich die seit Herbst 2002 leicht inverse Zinskurve im Juli abflachte. An den Märkten werden also keine weiteren Zinsschritte des Eurosystems erwartet. Das Institut geht in seiner Vorschau davon aus, dass frühestens Anfang nächsten Jahres mit leicht steigenden Geldmarktzinsen zu rechnen ist. Im Prognosezeitraum wird daher nach der Einschätzung des Institutes der 3-Monatssatz im Durchschnitt 2.7 % betragen, wobei 2005/2006 die 3-Prozentmarke überschritten wird.

Auch wenn die Geldpolitik somit einem Konjunkturaufschwung nicht entgegensteht, dürfte sich das Kreditwachstum verhalten entwickeln. Eine (flächendeckende) Kreditklemme ist jedoch nicht zu beobachten. Neben einem risikobewussteren Verhalten der Geschäftsbanken ist vor allem die konjunkturell bedingt schwächere Kreditnachfrage der Unternehmen für diese Entwicklung verantwortlich. Eine noch expansivere Geldpolitik muss nicht automatisch die Kreditnachfrage erhöhen. Beispielsweise wurde die letzte Leitzinssenkung nicht überall im Euroraum von den Geschäftsbanken weitergegeben, sondern fallweise zur Verbesserung der Margen genützt.

Gestiegene Vertrauensindikatoren, günstigere Ertragsaussichten der Unternehmen und somit Zuversicht in eine konjunkturelle Wende ließen die Marktteilnehmer zunehmendes Interesse an

Aktienveranlagungen zeigen. An den wichtigen Aktienmärkten haben die Kurse seit April um knapp 20 % zugelegt. Während bis Mitte Juni gleichzeitig auch die Anleihemärkte kräftige Kurssteigerungen verzeichneten, scheint deren Hausse mittlerweile beendet zu sein. Von den Tiefstwerten Mitte Juni sind die Renditen 10-jähriger US-Anleihen innerhalb von 6 Wochen um einen Prozentpunkt auf knapp über 4 % gestiegen. Auch die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Eurogebiet haben - wenn auch nicht in diesem Umfang - auf über 4 % zugelegt, so dass die Renditedifferenz zwischen US-amerikanischen und europäischen Anleihen Mitte Juli verschwunden ist. Vor dem Hintergrund einer moderaten Wachstumsbeschleunigung und einer günstigen Preisentwicklung rechnet das Institut im Prognosezeitraum mit leicht anziehenden Renditen, die 2005 auch die 5 %-Marke überschreiten können. Im Durchschnitt ergibt sich für die 10-jährige Rendite ein Wert von 4.5 %.

Die Entwicklung der Kapitalmarktrenditen kann auch als Einschätzung möglicher Deflationsgefahren seitens der Finanzmarktteilnehmer interpretiert werden. Diese werden zunehmend geringer eingeschätzt, so dass sich die mittelfristig realistischeren Inflationserwartungen nunmehr in den Renditeentwicklungen widerspiegeln.

Nach den Aufwertungen des Euro, die sich im Mai und Juni beschleunigt haben, schwächte sich die Gemeinschaftswährung gegenüber den meisten wichtigen Währungen im Juli etwas ab. Die Erwartungen der Marktteilnehmer, die von einer günstigen Entwicklung der US-Konjunktur geprägt sind, haben den US-Dollar gegenüber dem Euro zuletzt an Wert gewinnen lassen. Obwohl der Euro in den letzten 1 ½ Jahren gegenüber dem US-Dollar um rund 30 % und gegenüber dem japanischen Yen bzw. dem britischen Pfund um rund 15 % aufwertete, entspricht die preisbestimmte Wettbewerbsposition europäischer Unternehmen in etwa dem langfristigen Durchschnitt. Die Wechselkursprognose folgt der mittelfristigen Entwicklung, was bedeutet, dass das Institut für den Prognosezeitraum im Durchschnitt mit einem Wechselkurs von 1.13 USD/EUR rechnet.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)		1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	185,537 3,9%	190,617 2,7%	197,352 3,5%	198,674 0,7%	200,759 1,0%	202,620 0,9%	206,787 2,1%	212,569 2,8%	217,633 2,4%	222,398 2,2%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	190,628 4,5%	197,154 3,4%	207,037 5,0%	211,857 2,3%	216,598 2,2%	222,124 2,6%	230,065 3,6%	240,362 4,5%	249,449 3,8%	257,924 3,4%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (1995=100)	102,744 0,5%	103,429 0,7%	104,908 1,4%	106,636 1,6%	107,889 1,2%	109,626 1,6%	111,257 1,5%	113,075 1,6%	114,619 1,4%	115,974 1,2%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (1986=100)	133,732 0,9%	134,484 0,6%	137,624 2,3%	141,340 2,7%	143,900 1,8%	145,914 1,4%	148,103 1,5%	150,769 1,8%	153,030 1,5%	155,173 1,4%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	33,381 3,2%	34,160 2,3%	35,047 2,6%	35,654 1,7%	36,495 2,4%	37,316 2,3%	38,249 2,5%	39,435 3,1%	40,539 2,8%	41,593 2,6%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000 PERSONEN	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3078,106 0,4%	3063,512 -0,5%	3066,575 0,1%	3075,775 0,3%	3106,533 1,0%	3130,453 0,8%	3147,358 0,5%
UR	ARBEITLOSQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,082 0,244	6,861 0,779	6,942 0,081	6,910 -0,032	6,442 -0,469	6,256 -0,186	6,221 -0,035
BPC	LEISTUNGSBILANZ (MRD. €) ABSOLUTE DIFFERENZEN	-4,685 1,073	-6,330 -1,645	-5,356 0,974	-3,939 1,417	1,562 5,501	0,700 -0,862	0,570 -0,130	0,838 0,268	1,044 0,206	1,141 0,098

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Var1 PRIVATER KONSUM	1,506	1,286	1,829	0,817	0,470	0,654	1,032	1,363	1,272	1,141
Var2 EIGENKONSUM NON-PROFIT	0,050	0,028	0,027	0,007	0,010	0,017	0,026	0,035	0,031	0,027
Var3 OEFFENTLICHER KONSUM	0,543	0,608	0,008	-0,099	-0,167	-0,046	-0,045	-0,044	0,000	0,000
Var4 INVESTITIONEN	0,964	1,013	0,703	-0,964	-1,304	0,366	0,868	1,091	0,744	0,636
Var5 AUSRUESTUNGEN	0,608	0,494	1,207	-0,323	-1,001	0,144	0,482	0,684	0,464	0,410
Var6 BAUTEN	0,308	0,004	0,159	-0,192	-0,064	0,123	0,189	0,214	0,186	0,180
Var7 STATISTISCHE DIFFERENZ	-0,094	0,007	0,135	0,119	-0,080	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Var8 EXPORTE I.W.S.	3,387	3,713	6,165	3,734	1,461	0,529	2,238	3,774	3,322	3,185
Var9 WAREN	2,358	2,357	4,241	2,553	1,567	0,569	1,908	3,141	2,764	2,666
Var10 DIENSTLEISTUNGEN	1,060	0,177	0,845	1,062	0,118	0,162	0,299	0,475	0,407	0,398
Var11 IMPORTE I.W.S.	-2,435	-3,916	-5,332	-2,944	0,660	-0,593	-2,062	-3,422	-2,987	-2,800
Var12 WAREN	-2,276	-2,233	-3,501	-1,696	0,627	-0,493	-1,767	-2,837	-2,479	-2,380
Var13 DIENSTLEISTUNGEN	-0,003	-0,075	-0,671	-0,461	0,263	0,029	-0,163	-0,322	-0,255	-0,217
GDP BRUTTO-INLANDSPRODUKT	3,921	2,738	3,533	0,670	1,050	0,927	2,057	2,796	2,382	2,189

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Var1	24,093 0,019	24,437 0,344	24,281 -0,155	23,162 -1,119	21,631 -1,531	21,795 0,164	22,207 0,411	22,664 0,457	22,863 0,199	22,995 0,133
UREU	4,5 0,1	4,0 -0,5	3,7 -0,3	3,6 -0,1	4,3 0,7	4,3 0,0	4,2 -0,1	4,0 -0,2	3,8 -0,2	3,8 0,0
Var4	4,140 -0,654	4,033 -0,106	3,971 -0,063	3,353 -0,618	3,734 0,382	2,314 -1,420	2,782 0,468	3,116 0,334	3,634 0,518	3,318 -0,316
Var5	32,091 2,6%	32,559 1,5%	32,907 1,1%	32,820 -0,3%	32,991 0,5%	33,254 0,8%	33,582 1,0%	34,011 1,3%	34,446 1,3%	34,819 1,1%
PRLEA	6,188 2,9%	6,280 1,5%	6,440 2,6%	6,454 0,2%	6,553 1,5%	6,607 0,8%	6,723 1,8%	6,843 1,8%	6,952 1,6%	7,066 1,6%
Var6	-2,4 -0,5	-2,3 0,1	-1,5 0,8	0,3 1,7	-0,6 -0,8	-1,3 -0,8	-0,7 0,6	-1,5 -0,7	-1,1 0,4	-0,4 0,7

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. €ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
C\$	104,980 3,3%	108,388 3,2%	113,740 4,9%	117,768 3,5%	120,957 2,7%	124,171 2,7%	128,416 3,4%	133,996 4,3%	139,188 3,9%	144,243 3,6%
CNP\$	3,503 3,6%	3,604 2,9%	3,704 2,8%	3,812 2,9%	3,902 2,4%	4,000 2,5%	4,133 3,3%	4,308 4,2%	4,469 3,7%	4,600 2,9%
CP\$	37,248 3,7%	39,042 4,8%	39,800 1,9%	40,544 1,9%	40,554 0,0%	41,160 1,5%	41,673 1,2%	42,359 1,6%	43,121 1,8%	43,768 1,5%
IF\$	46,186 4,7%	48,354 4,7%	50,267 4,0%	49,121 -2,3%	46,722 -4,9%	47,805 2,3%	50,185 5,0%	53,373 6,4%	55,839 4,6%	57,885 3,7%
IFE\$	18,616 6,8%	19,660 5,6%	22,063 12,2%	21,644 -1,9%	19,543 -9,7%	19,836 1,5%	20,880 5,3%	22,544 8,0%	23,770 5,4%	24,865 4,6%
IFC\$	26,356 3,1%	26,579 0,8%	27,340 2,9%	27,494 0,6%	27,680 0,7%	28,236 2,0%	29,101 3,1%	30,134 3,6%	31,119 3,3%	31,933 2,6%
DIF\$	-0,154 -0,392	-0,539 -0,385	0,791 1,330	0,673 -0,117	-0,458 -1,131	-0,412 0,046	-0,412 0,000	-0,412 0,000	-0,412 0,000	-0,412 0,000
VD\$	191,763 3,5%	198,849 3,7%	208,303 4,8%	211,919 1,7%	211,676 -0,1%	216,724 2,4%	223,995 3,4%	233,624 4,3%	242,205 3,7%	250,083 3,3%
X\$	82,681 8,3%	89,632 8,4%	103,913 15,9%	111,124 6,9%	114,640 3,2%	116,344 1,5%	122,261 5,1%	132,121 8,1%	140,944 6,7%	149,372 6,0%
M\$	83,816 5,8%	91,327 9,0%	105,178 15,2%	111,186 5,7%	109,718 -1,3%	110,944 1,1%	116,191 4,7%	125,383 7,9%	133,701 6,6%	141,530 5,9%
GDP\$	190,628 4,5%	197,154 3,4%	207,037 5,0%	211,857 2,3%	216,598 2,2%	222,124 2,6%	230,065 3,6%	240,362 4,5%	249,449 3,8%	257,924 3,4%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU PREISEN VON 1995)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
C	100,923 2,7%	103,309 2,4%	106,795 3,4%	108,407 1,5%	109,342 0,9%	110,654 1,2%	112,745 1,9%	115,564 2,5%	118,268 2,3%	120,752 2,1%
CNP	3,354 2,7%	3,405 1,5%	3,456 1,5%	3,470 0,4%	3,489 0,6%	3,524 1,0%	3,577 1,5%	3,648 2,0%	3,714 1,8%	3,774 1,6%
CP	36,077 2,8%	37,205 3,1%	37,220 0,0%	37,023 -0,5%	36,692 -0,9%	36,600 -0,3%	36,509 -0,3%	36,417 -0,3%	36,417 0,0%	36,417 0,0%
IF	44,701 4,0%	46,581 4,2%	47,920 2,9%	46,018 -4,0%	43,427 -5,6%	44,162 1,7%	45,920 4,0%	48,176 4,9%	49,757 3,3%	51,142 2,8%
IFE	18,634 6,2%	19,550 4,9%	21,850 11,8%	21,212 -2,9%	19,224 -9,4%	19,513 1,5%	20,488 5,0%	21,902 6,9%	22,888 4,5%	23,780 3,9%
IFC	24,827 2,3%	24,834 0,0%	25,138 1,2%	24,759 -1,5%	24,631 -0,5%	24,877 1,0%	25,261 1,5%	25,703 1,8%	26,098 1,5%	26,490 1,5%
DIF	-0,024 -0,167	-0,010 0,013	0,246 0,256	0,480 0,234	0,321 -0,159	0,321 0,000	0,321 0,000	0,321 0,000	0,321 0,000	0,321 0,000
VD	185,032 2,9%	190,490 2,9%	195,637 2,7%	195,399 -0,1%	193,271 -1,1%	195,261 1,0%	199,073 2,0%	204,127 2,5%	208,478 2,1%	212,406 1,9%
X	81,030 8,1%	87,918 8,5%	99,669 13,4%	107,039 7,4%	109,942 2,7%	111,004 1,0%	115,538 4,1%	123,341 6,8%	130,403 5,7%	137,334 5,3%
M	80,525 5,7%	87,791 9,0%	97,954 11,6%	103,764 5,9%	102,454 -1,3%	103,645 1,2%	107,823 4,0%	114,899 6,6%	121,248 5,5%	127,342 5,0%
GDP	185,537 3,9%	190,617 2,7%	197,352 3,5%	198,674 0,7%	200,759 1,0%	202,620 0,9%	206,787 2,1%	212,569 2,8%	217,633 2,4%	222,398 2,2%

TAB. 4 : PREISINDIZES (1995 = 100)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
PC	104,020 0,5%	104,916 0,9%	106,503 1,5%	108,635 2,0%	110,623 1,8%	112,216 1,4%	113,899 1,5%	115,949 1,8%	117,688 1,5%	119,454 1,5%
PCP	103,247 1,0%	104,937 1,6%	106,934 1,9%	109,510 2,4%	110,525 0,9%	112,459 1,8%	114,146 1,5%	116,315 1,9%	118,408 1,8%	120,184 1,5%
PIF	103,321 0,6%	103,806 0,5%	104,898 1,1%	106,744 1,8%	107,587 0,8%	108,250 0,6%	109,288 1,0%	110,788 1,4%	112,222 1,3%	113,185 0,9%
PIFE	99,904 0,6%	100,560 0,7%	100,976 0,4%	102,036 1,0%	101,657 -0,4%	101,657 0,0%	101,911 0,3%	102,931 1,0%	103,857 0,9%	104,563 0,7%
PIFC	106,158 0,9%	107,028 0,8%	108,762 1,6%	111,046 2,1%	112,377 1,2%	113,501 1,0%	115,204 1,5%	117,243 1,8%	119,236 1,7%	120,547 1,1%
PVD	103,638 0,5%	104,388 0,7%	106,474 2,0%	108,455 1,9%	109,523 1,0%	110,992 1,3%	112,519 1,4%	114,450 1,7%	116,178 1,5%	117,738 1,3%
PX	102,037 0,2%	101,949 -0,1%	104,258 2,3%	103,816 -0,4%	104,273 0,4%	104,811 0,5%	105,819 1,0%	107,118 1,2%	108,084 0,9%	108,765 0,6%
PM	104,087 0,1%	104,028 -0,1%	107,375 3,2%	107,153 -0,2%	107,090 -0,1%	107,042 0,0%	107,760 0,7%	109,125 1,3%	110,270 1,0%	111,142 0,8%
PGDP	102,744 0,5%	103,429 0,7%	104,908 1,4%	106,636 1,6%	107,889 1,2%	109,626 1,6%	111,257 1,5%	113,075 1,6%	114,619 1,4%	115,974 1,2%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
XG\$	56,413 8,4%	60,504 7,3%	70,187 16,0%	74,721 6,5%	77,883 4,2%	79,209 1,7%	83,835 5,8%	91,538 9,2%	98,452 7,6%	105,079 6,7%
XSO\$	11,702 16,6%	12,086 3,3%	14,016 16,0%	15,879 13,3%	16,117 1,5%	16,563 2,8%	17,316 4,5%	18,454 6,6%	19,432 5,3%	20,412 5,0%
XST\$	10,058 3,2%	10,354 2,9%	10,752 3,8%	11,403 6,1%	11,975 5,0%	12,306 2,8%	12,741 3,5%	13,295 4,3%	13,798 3,8%	14,269 3,4%
XADJ\$	4,507 -1,0%	6,688 48,4%	8,958 34,0%	9,121 1,8%	8,665 -5,0%	8,266 -4,6%	8,369 1,3%	8,835 5,6%	9,262 4,8%	9,612 3,8%
X\$	82,681 8,3%	89,632 8,4%	103,913 15,9%	111,124 6,9%	114,640 3,2%	116,344 1,5%	122,261 5,1%	132,121 8,1%	140,944 6,7%	149,372 6,0%
MG\$	59,412 7,0%	63,596 7,0%	72,894 14,6%	75,927 4,2%	74,148 -2,3%	74,886 1,0%	79,023 5,5%	86,294 9,2%	92,823 7,6%	99,130 6,8%
M\$O\$	9,795 9,6%	9,994 2,0%	11,287 12,9%	11,964 6,0%	12,135 1,4%	12,287 1,2%	12,751 3,8%	13,460 5,6%	14,072 4,5%	14,568 3,5%
M\$T\$	8,556 -4,5%	8,623 0,8%	9,216 6,9%	9,954 8,0%	9,691 -2,6%	9,753 0,6%	10,003 2,6%	10,489 4,9%	10,934 4,2%	11,353 3,8%
MADJ\$	6,052 4,4%	9,113 50,6%	11,781 29,3%	13,341 13,2%	13,744 3,0%	14,019 2,0%	14,414 2,8%	15,140 5,0%	15,873 4,8%	16,480 3,8%
M\$	83,816 5,8%	91,327 9,0%	105,178 15,2%	111,186 5,7%	109,718 -1,3%	110,944 1,1%	116,191 4,7%	125,383 7,9%	133,701 6,6%	141,530 5,9%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. €ZU PREISEN 1995)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
XG	55,580 8,2%	59,953 7,9%	68,037 13,5%	73,075 7,4%	76,189 4,3%	77,332 1,5%	81,198 5,0%	87,694 8,0%	93,570 6,7%	99,371 6,2%
XSO	11,461 17,9%	11,566 0,9%	13,087 13,2%	14,649 11,9%	14,616 -0,2%	14,835 1,5%	15,280 3,0%	16,044 5,0%	16,686 4,0%	17,353 4,0%
XST	9,548 1,6%	9,773 2,4%	9,862 0,9%	10,396 5,4%	10,662 2,6%	10,769 1,0%	10,930 1,5%	11,149 2,0%	11,372 2,0%	11,571 1,8%
XADJ	4,441 -1,2%	6,627 49,2%	8,684 31,0%	8,920 2,7%	8,475 -5,0%	8,069 -4,8%	8,129 0,8%	8,454 4,0%	8,776 3,8%	9,039 3,0%
X	81,030 8,1%	87,918 8,5%	99,669 13,4%	107,039 7,4%	109,942 2,7%	111,004 1,0%	115,538 4,1%	123,341 6,8%	130,403 5,7%	137,334 5,3%
MG	57,715 7,6%	61,858 7,2%	68,531 10,8%	71,878 4,9%	70,631 -1,7%	71,620 1,4%	75,201 5,0%	81,067 7,8%	86,336 6,5%	91,517 6,0%
MSO	9,215 7,0%	9,464 2,7%	10,403 9,9%	10,906 4,8%	10,850 -0,5%	10,850 0,0%	11,121 2,5%	11,566 4,0%	11,913 3,0%	12,211 2,5%
MST	7,715 -7,2%	7,604 -1,4%	7,945 4,5%	8,351 5,1%	7,885 -5,6%	7,826 -0,8%	7,885 0,8%	8,106 2,8%	8,300 2,4%	8,475 2,1%
MADJ	5,879 4,9%	8,864 50,8%	11,076 24,9%	12,630 14,0%	13,087 3,6%	13,349 2,0%	13,616 2,0%	14,161 4,0%	14,699 3,8%	15,140 3,0%
M	80,525 5,7%	87,791 9,0%	97,954 11,6%	103,764 5,9%	102,454 -1,3%	103,645 1,2%	107,823 4,0%	114,899 6,6%	121,248 5,5%	127,342 5,0%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
PXG	101,500 0,2%	100,920 -0,6%	103,160 2,2%	102,253 -0,9%	102,223 0,0%	102,428 0,2%	103,247 0,8%	104,383 1,1%	105,218 0,8%	105,744 0,5%
PXSO	102,100 -1,1%	104,500 2,4%	107,100 2,5%	108,400 1,2%	110,270 1,7%	111,649 1,3%	113,323 1,5%	115,023 1,5%	116,461 1,3%	117,626 1,0%
PXST	105,340 1,6%	105,940 0,6%	109,020 2,9%	109,690 0,6%	112,313 2,4%	114,279 1,8%	116,564 2,0%	119,245 2,3%	121,332 1,8%	123,322 1,6%
PX	102,037 0,2%	101,949 -0,1%	104,258 2,3%	103,816 -0,4%	104,273 0,4%	104,811 0,5%	105,819 1,0%	107,118 1,2%	108,084 0,9%	108,765 0,6%
PMG	102,940 -0,5%	102,810 -0,1%	106,367 3,5%	105,633 -0,7%	104,979 -0,6%	104,559 -0,4%	105,082 0,5%	106,448 1,3%	107,513 1,0%	108,319 0,8%
PMSO	106,300 2,4%	105,600 -0,7%	108,500 2,7%	109,700 1,1%	111,846 2,0%	113,244 1,3%	114,659 1,3%	116,379 1,5%	118,125 1,5%	119,306 1,0%
PMST	110,900 3,0%	113,400 2,3%	116,000 2,3%	119,200 2,8%	122,897 3,1%	124,618 1,4%	126,861 1,8%	129,398 2,0%	131,727 1,8%	133,966 1,7%
PM	104,087 0,1%	104,028 -0,1%	107,375 3,2%	107,153 -0,2%	107,090 -0,1%	107,042 0,0%	107,760 0,7%	109,125 1,3%	110,270 1,0%	111,142 0,8%
Var1	98,031 0,1%	98,001 0,0%	97,097 -0,9%	96,886 -0,2%	97,369 0,5%	97,916 0,6%	98,198 0,3%	98,162 0,0%	98,017 -0,1%	97,861 -0,2%
Var2	98,601 0,7%	98,162 -0,4%	96,985 -1,2%	96,800 -0,2%	97,375 0,6%	97,961 0,6%	98,254 0,3%	98,060 -0,2%	97,866 -0,2%	97,623 -0,2%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
BPG	-3,289 0,488	-3,377 -0,088	-2,990 0,387	-1,403 1,587	3,502 4,905	3,924 0,422	4,212 0,288	4,444 0,232	4,730 0,286	4,849 0,120
BPST	1,502 0,714	1,731 0,228	1,536 -0,195	1,421 -0,115	2,091 0,670	2,554 0,463	2,738 0,184	2,806 0,068	2,864 0,058	2,916 0,052
BPSO	0,619 0,533	-0,083 -0,702	0,207 0,290	0,711 0,504	-0,097 -0,808	-1,477 -1,380	-1,680 -0,203	-1,511 0,168	-1,450 0,061	-1,424 0,026
BPOP	-1,779 -0,430	-2,698 -0,919	-2,661 0,037	-3,312 -0,651	-2,253 1,059	-2,600 -0,347	-2,800 -0,200	-3,000 -0,200	-3,200 -0,200	-3,300 -0,100
BPTR	-1,738 -0,232	-1,902 -0,165	-1,448 0,454	-1,356 0,092	-1,681 -0,325	-1,700 -0,019	-1,900 -0,200	-1,900 0,000	-1,900 0,000	-1,900 0,000
BPC	-4,685 1,073	-6,330 -1,645	-5,356 0,974	-3,939 1,417	1,562 5,501	0,700 -0,862	0,570 -0,130	0,838 0,268	1,044 0,206	1,141 0,098

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Var1	43,968 0,573	46,323 2,355	50,801 4,479	52,482 1,680	50,655 -1,826	49,947 -0,708	50,503 0,557	52,164 1,661	53,598 1,434	54,873 1,274
Var2	31,166 0,752	32,257 1,091	35,208 2,951	35,839 0,631	34,233 -1,606	33,713 -0,520	34,348 0,635	35,902 1,554	37,211 1,309	38,434 1,223
Var3	43,373 1,525	45,463 2,090	50,190 4,727	52,452 2,262	52,927 0,475	52,378 -0,549	53,142 0,764	54,968 1,826	56,502 1,535	57,913 1,411
Var4	29,593 1,077	30,689 1,096	33,901 3,211	35,270 1,369	35,957 0,688	35,660 -0,298	36,440 0,780	38,063 1,644	39,468 1,385	40,740 1,272
Var5	-2,458 0,698	-3,210 -0,753	-2,587 0,624	-1,859 0,728	0,721 2,580	0,315 -0,406	0,248 -0,067	0,349 0,101	0,418 0,070	0,443 0,024

TAB. 10 : ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
POPWAT	5266,200 0,2%	5275,300 0,2%	5279,100 0,1%	5284,200 0,1%	5292,500 0,2%	5303,000 0,2%	5304,900 0,0%	5304,100 0,0%	5307,500 0,1%	5309,900 0,0%
TLFPR	69,962 0,5%	70,148 0,3%	70,104 -0,1%	70,518 0,6%	71,144 0,9%	71,528 0,5%	71,742 0,3%	72,144 0,6%	72,505 0,5%	72,824 0,4%
TLF	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3726,338 0,7%	3765,279 1,0%	3793,122 0,7%	3805,864 0,3%	3826,600 0,5%	3848,198 0,6%	3866,878 0,5%
Var1	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3366,418 0,3%	3394,716 0,8%	3407,736 0,4%	3408,917 0,0%	3417,744 0,3%	3427,077 0,3%	3433,123 0,2%
DLFFOR	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,608 3,6%	359,920 4,1%	370,563 3,0%	385,386 4,0%	396,947 3,0%	408,856 3,0%	421,121 3,0%	433,755 3,0%
SEG	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,300 0,4%	377,700 0,9%	379,589 0,5%	382,435 0,8%	386,260 1,0%	389,157 0,8%	391,102 0,5%
DLF	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3352,038 0,7%	3387,579 1,1%	3413,533 0,8%	3423,429 0,3%	3440,340 0,5%	3459,042 0,5%	3475,776 0,5%
LEA	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3078,106 0,4%	3063,512 -0,5%	3066,575 0,1%	3075,775 0,3%	3106,533 1,0%	3130,453 0,8%	3147,358 0,5%
LENACT	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,280 -4,3%	70,049 1,1%	91,649 30,8%	109,979 20,0%	111,079 1,0%	112,190 1,0%	112,190 0,0%	112,190 0,0%
UN	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	203,883 4,9%	232,418 14,0%	236,979 2,0%	236,575 -0,2%	221,618 -6,3%	216,398 -2,4%	216,228 -0,1%
UR	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,082 0,244	6,861 0,779	6,942 0,081	6,910 -0,032	6,442 -0,469	6,256 -0,186	6,221 -0,035

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
GDP\$	190,628 4,5%	197,154 3,4%	207,037 5,0%	211,857 2,3%	216,598 2,2%	222,124 2,6%	230,065 3,6%	240,362 4,5%	249,449 3,8%	257,924 3,4%
YWGG\$	100,086 4,2%	103,694 3,6%	107,401 3,6%	109,748 2,2%	111,803 1,9%	114,433 2,4%	117,646 2,8%	122,506 4,1%	126,906 3,6%	130,908 3,2%
BUSE	66,878 6,1%	68,256 2,1%	73,917 8,3%	76,075 2,9%	77,414 1,8%	79,626 2,9%	83,442 4,8%	87,661 5,1%	91,262 4,1%	94,796 3,9%
PASUB	23,664 1,2%	25,203 6,5%	25,720 2,1%	26,034 1,2%	27,381 5,2%	28,066 2,5%	28,978 3,3%	30,195 4,2%	31,282 3,6%	32,220 3,0%
YF\$	-2,083 6,8%	-3,037 45,8%	-3,264 7,5%	-4,071 24,7%	-2,385 -41,4%	-2,385 0,0%	-2,385 0,0%	-2,385 0,0%	-2,385 0,0%	-2,385 0,0%
DEP\$	27,182 4,2%	28,226 3,8%	29,631 5,0%	31,145 5,1%	32,291 3,7%	33,357 3,3%	34,691 4,0%	36,079 4,0%	37,594 4,2%	39,286 4,5%
Y\$	161,363 4,5%	165,890 2,8%	174,142 5,0%	176,640 1,4%	181,922 3,0%	186,383 2,5%	192,989 3,5%	201,898 4,6%	209,470 3,8%	216,254 3,2%
YT\$	-1,205 62,1%	-1,143 -5,2%	-0,883 -22,7%	-0,632 -28,4%	-1,520 140,6%	-1,520 0,0%	-1,520 0,0%	-1,520 0,0%	-1,520 0,0%	-1,520 0,0%
NE\$	160,158 4,2%	164,747 2,9%	173,259 5,2%	176,008 1,6%	180,401 2,5%	184,862 2,5%	191,469 3,6%	200,378 4,7%	207,950 3,8%	214,733 3,3%

Autoren: Peter Brandner, Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein,
Christian Helmenstein, Helmut Hofer, Reinhard Koman, Robert Kunst,
Ulrich Schuh, Edith Skriner, Andrea Weber

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2003–2007

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 29

Redaktion: Beatrix Pawelczak

© 2003 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, 1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
